

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelar Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
berägt für die 8 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Zur Wohnungsfrage.

Die Wohnungsfrage ist schon lange für die Masse des Volkes zu einer Wohnungs-kalamität geworden und hat in den großen Städten mit ihren Miethskasernen, ihren ungesunden Massenquartieren und ihren kaum mehr möglichen Miethspreisen nachgerade eine abschreckende Gestalt angenommen. An Abhilfe ist bis heute gar wenig geschehen, denn die Hausbesitzer haben es verstanden, die Gesetzgebung von ihrem Interessentkreis abzuhalten und sich innerhalb ihrer „vier Pfähle“ volle Souveränität zu wahren. Das liegt auch in der Natur der Sache; die Rechte des Hausbesitzers gründen sich auf die gegenwärtig geltenden Rechtsnormen und auf die Anschauungen in den gesellschaftlich dominierenden Klassen.

Selbstverständlich wird von den Interessenten die Wohnungsfrage aufgeworfen werden. Hat der Staat, so werden die Hausbesitzer fragen, das Recht, uns vorzuschreiben, was wir innerhalb unserer „vier Pfähle“ thun und lassen dürfen? Nun, darüber diskutieren wir nicht weiter; der Staat hat allerdings das Recht, gesundheitsgefährliche Einrichtungen und Zustände zu beseitigen, wo sie sich vorfinden; er hat dazu sogar die dringende Pflicht, soweit ihm keine Unmöglichkeit entgegensteht.

Feuilleton.
Gesucht und gefunden.
Roman von Dr. Dur.
(Fortsetzung.)
Zwei Jahre später war seine Gemahlin gestorben. Das schien zu stimmen. Doch wie sollte er dies Alles vereinigen mit Habicht's bestimmter Behauptung, daß die schwarze Dose die Ursache der Krankheit des Grafen sei?
Habicht hatte zwölf Jahre hintereinander seine Beobachtungen angestellt, und er konnte sich nicht täuschen. Welches war nun das Richtige? Hatte Habicht Recht mit seiner Behauptung, oder war vielleicht die Katastrophe in Davistown in Zusammenhang zu bringen mit dieser sonderbaren Krankheit?
Bergebens zerbrach er sich den Kopf, um in diese Räthsel Klarheit zu bringen. Da hörte er einige leichte Schläge an der Thür, die ihn in seinen Betrachtungen störten.
„Herein!“
Die Thür öffnete sich, und Jeane Dupro erschien auf der Schwelle. Mit tiefer Verbeugung grüßte sie den Arzt. Die Ankunft dieser Frau war ihm in diesem Augenblick sehr zuwider. Schon dachte er an eine schädliche Ausflucht, um sie zur Entfernung zu veranlassen, da aber fiel der bedenkliche Ausdruck ihres Gesichtes ihm auf.
Sie blieb Anfangs mit gesenktem Haupte an der Thür stehen, bis sich auf die Lippen und Schenkel nicht recht beachtliche Thränen zu lösen von dem, was sie zu sagen beabsichtigte. Friß sah ihre Verlegenheit, und um ihre Gesellschafter bald los zu werden, half er ihr auf den Anfang.
„Was haben Sie mir zu sagen?“ fragte er.
Es war auffallend, daß sie statt zu antworten, noch einmal die Thür öffnete, und auf den Gang zurückblickte, als wollte sie sehen, ob ihr auch Niemand gefolgt sei.
„Was hat diese Vorsicht zu bedeuten?“ dachte Friß. Seine Neugierde war geweckt.

zahlen. Die Behörden in Bremen machten diesem Standal ein Ende, indem sie die Logirhäuser untersuchten und genau vorschrieben, wie viele Personen in einem Raume untergebracht werden durften u. s. w. Daß man auf das Geschrei einiger Wirthe über diesen Eingriff in ihre „Freiheit“, keine Rücksicht nahm, war sehr vernünftig; die „Freiheit“, die Gesundheit Anderer zu schädigen und ihnen dafür auch noch Geld abzunehmen, ist eben eine sonderbare Art von „Freiheit“.

Aber, fragen wir nun, wenn eine solche Fürsorge für die Gesundheit der Auswanderer zulässig ist und als Pflicht erachtet wird, warum sollte sie nicht zulässig sein und als Pflicht erachtet werden für die gesammte Bevölkerung?
Warum sollen nicht sämtliche Wohnräume überhaupt, genau wie die Auswandererhäuser, einer behördlichen Aufsicht unterstellt werden, die strengstens darüber zu wachen hat, daß keine gesundheitsgefährlichen Zustände entstehen? Es bestehen ja in der That schon einige dahin zielende, wenn auch noch unvollkommene Vorschriften und man kann froh sein, daß die Behörde wenigstens ermächtigt ist, die Häuser auf Bau-fälligkeit zu untersuchen, denn es giebt Eigenthümer, die der Bau-fälligkeit ihrer Häuser, die sie an andere vermietet haben, gegenüber sonst dieselbe Negligenz in sich tragen würden, wie früher gewisse Rheder gegenüber ihren „Sarg-schiffen“.

Unserer Meinung nach müßte dem Reichs-Gesundheitsamt zur Pflicht gemacht werden, eine umfassende Beaufsichtigung der Wohnräume in Bezug auf ihre sanitären Verhältnisse im ganzen Reiche zu organisiren und es müßte diese Behörde die Befugniß haben, die Eigenthümer der Wohnräume zur Beseitigung gesundheitsgefährlicher Zustände zu zwingen. Wir brauchen heute keine Schilderung der Zustände zu geben, die in den Wohnungen der Armen, namentlich in den großen Städten, gewöhnlich sind. Man kennt diese Zustände, und die Ausnahmen sind selten, die Zustände sind fast überall die gleichen. Wenn aber die Sanitäts-Behörden einmal eine eingehende Untersuchung der Wohnungsverhältnisse in den Massenquartieren vornehmen wollten, so würde man dennoch erschrecken über diese Unsumme von Elend und Noth, die eine solche Untersuchung in ihren Ergebnissen zweifellos darstellen müßte. Wie würde man staunen darüber, daß Millionen von Menschen in Räumen ihr Leben hindringen müssen, die an Gesundheit und Leben der Bevölkerung mehr Schaden anrichten im Stande sind, als die gefährlichste Seuche, die noch jemals verwüsthend über die Länder dahin geschritten ist.

Die Sache erscheint hier auch noch von einer anderen Seite beleuchtet: Die hohen Miethspreise verschulden zum

Theil auch die ungesunden Zustände, die kleinen Wohnungen sind verhältnismäßig die theuersten und sind bei der großen Nachfrage schwer zu haben. Da ist ein Arbeiter genöthigt, eine Wohnung zu nehmen, die einen für ihn an sich unerschwinglichen Preis hat; allein er richtet sich ein. Er vermietet wieder die einzelnen Wohnräume und nimmt für sich und seine Familie die Küche als einzigen Wohnraum in Anspruch. Dort wird gekocht, gegessen, gewohnt, geschlafen. Die Arbeiter fühlen, wie sie unter einem solchen Zustand leiden, wie die Gesundheit ihrer Familien dadurch alterirt wird, allein wie sollen sie es anders machen, wenn sie ein Obdach haben wollen?

Was ist aber da zu thun? Nun, wir haben es schon einmal ausgesprochen, daß wir eine staatliche Taxation der Wohnhäuser und eine tarifmäßige Feststellung des Miethspreises für eine gar nicht so üble Maßregel halten. Wunder erwarten wir von derselben auch nicht; die Konjunkturen sind in vielen Fällen mächtiger als Gesetzesparagrafen. Aber keineswegs trifft das auf alle Fälle zu und gerade bei der Bestimmung der Miethspreise wirkt die Willkür des Eigenthümers mehr mit, als bei irgend einem anderen Verhältnis.

Demnach können nur wir wiederholen, es wäre endlich Zeit, daß die Gesetzgebung sich einmal ernsthaft mit der Wohnungsfrage beschäftigte.

Politische Uebersicht.

Zu viel des Guten! So könnte man ausrufen, wenn man die von allen Parteien im deutschen Reichstage zur Schau getragene „Arbeiterfreundlichkeit“ betrachtet. Zum Wohle der Arbeiter forderte Herr Adernann die „berühmten“ Arbeiterbäcker; im Interesse der Arbeiter erklärten sich die liberalen Korpphden gegen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und nur um den ländlichen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, beelten sich die Schutzzöllner, das Korn resp. das Brot zu verbuurn. Es ist nach den Akten zwar Alles schon da-gewesen, ob aber schon jemals eine derartige Konkurrenz zur Förderung der Interessen der Arbeiter stattgefunden hat, ist immerhin zweifelhaft. Und die Arbeiter? Nun, sie hören die die schönen Reden wohl, allein sie wissen auch warum und zu welchem Zwecke dieselben gehalten werden. Sie wissen, warum die eine Partei immer noch mehr Eifer wie die andere an den Tag legt, wenn es gilt, die Nothlage der Arbeiter als Motto für die Zustimmung zu einem den Zwecken der Partei, resp. Gruppe, dienenden Gesetzesentwurf zu benutzen: Das Mittel paßt zur Zeit vortreflich zum Zweck. Die Arbeiter lassen sich aber nicht durch das Wortgeklingel betören, die Wollsgestichter gucken zu deutlich aus den Schafpelzen hervor und die Herren, welche da glauben, daß die Arbeiter der schönen Reden halber ihrem Heerbanne folgen werden, befinden sich in einer großen Täuschung; die Arbeiter werden nach wie vor ihre eigenen Wege gehen und selbst ihre Interessen zu wahren suchen.

wenn ich Ihnen sage, daß ich dieses oder jenes mit eigenen Augen gesehen habe.“

Die Neugierde des jungen Mannes war auf's Höchste gespannt.

„Das ist eine eigenthümliche Einleitung; ich bin neugierig auf Ihre Mittheilungen. Ich bitte, beginnen Sie.“

„Es war also gestern zwischen neun und zehn Uhr,“ begann Jeane Dupro, „als Sie den Grafen verließen. Ich hörte, daß Sie sagten, ich solle mich nach Hilfe umsehen, für den Fall, daß es nicht nöthig sein würde. Das habe ich gethan. Ich bin zu Segal gegangen und habe ihm gesagt, daß er in dem unteren Zimmer bleiben möge, damit ich ihn rufen könnte, wenn ich seiner bedürfte. — Ich dachte Anfangs, daß es nicht nöthig sein würde, weil ich erwartete, daß die Komtesse ebenfalls bei ihrem Vater bleiben würde. Aber gleich nachdem Sie sich entfernt hatten, ging auch die Komtesse, und ist auch nicht wieder gekommen.“

„Sie bedurften Segals Hilfe in der Nacht?“ fragte Friß, ohne auf diese ihre Betrachtung näher einzugehen.

„Erlauben Sie nur, daß ich weiter erzähle. . . Ich ließ Segal nur dort bleiben, weil Sie es gerathen hatten, nicht aber, weil ich dachte, daß ich seiner Hilfe bedürfen werde, denn es ist ja nicht das erste Mal, daß ich bei dem Grafen wache, und ich habe noch nie einer andern Hilfe bedurft. Ich nahm also meinen Strickbeutel und blieb allein bei dem Kranken. Alles war still im Schloß; auch Segal hatte sich ebenfalls längst zur Ruhe begeben auf dem Sopha unten im Waffensaal, wo ich ihm ein Lager zurecht gemacht hatte.“

Dort machte die Frau eine Pause, um sich zu erholen und sich erst durch eine Priße zu stärken.

Friß erwartete schweigend die Fortsetzung ihrer Erzählung.

Nachdem sie sich geräuspert, fuhr sie, indem sie die Dose wieder in ihre Tasche schob, fort:

„Ich setzte mich an das Bett des Kranken und fing zu frieden an. Von Zeit zu Zeit lästete ich den Vorhang des Bettes, um nach dem Grafen zu sehen. Er lag da,

„Herr Doktor,“ rebete sie ihn endlich, näher tretend, an, „ich bitte Sie um Verzeihung, daß ich Sie so früh störe, aber ich muß Ihnen Wichtiges mittheilen.“

„Sprechen Sie, Madame Dupro; was ist es?“

„Es betrifft den Grafen.“

„So?“

„Ja, mein Herr! Sie wissen, daß ich diese Nacht bei dem Herrn gewacht habe.“

„Richtig; ich sah Sie gestern Abend an seinem Bette.“

„Aber sehen Sie sich, Madame,“ fügte er hinzu, da durch diese Einleitung, und noch mehr durch ihre Miene sein Interesse erregt war.

Sie folgte seiner Einladung und setzte sich in einen großen Ledersessel dem Arzte gegenüber. Er hatte in flüger Berechnung ihren Platz so bestimmt, daß das volle Tageslicht auf ihr Gesicht fiel. Als er jetzt dasselbe aufmerksam betrachtete, machte er die Bemerkung, wie viel Energie und Charakter eigentlich in den Zügen und in der Koppbildung dieser Frau liege, die bisher nur einen lornischen Eindruck gemacht hatte.

Sie schwieg noch einige Augenblicke, um sich zu sammeln und Athem zu schöpfen, dann begann sie, ihn mit ihren großen, schwarzen Augen fest anblickend:

„Herr Doktor! Ich muß Ihnen im Voraus sagen, daß ich keine alberne, furchtsame Frau bin. . . Ich habe in meinem Leben Manches gesehen, was in einem Andern wohl Furcht und Schrecken erregt hätte. . . Es giebt fast nichts, was mich in besonderem Erstaunen versetzt und mir Grauen verursacht, denn wenn man, wie ich, aber Schlachtfelder gekommen ist. . .“

„Ich weiß, Madame Dupro; Sie haben auf den Schlachtfeldern von Sebastopol wohl die Furcht verlernt.“

„Das habe ich, das kann ich Ihnen versichern, Herr Doktor; ich fürchte mich vor nichts.“

„Das glaube ich gern, Madame!“

„Ich sage das nicht, um mich zu rühmen; ich schiedte das nur voraus, um Ihnen begreiflich zu machen, daß ich keine Gespenstseherin bin, und damit Sie mir glauben,

Das die Forderungen der Agrarier mit der Erhöhung der Getreidezölle noch nicht erschöpft sind, hat eine Beratung dieser Zollfrage bewiesen, welche vor einigen Tagen in dem elsass-lothringischen Landesausschuss stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit vertieg sich einer der Redner zu der Behauptung, die Zollherhöhung werde der Landwirtschaft nicht helfen, so lange der Ertrag der Bölle derselben nicht ohne Abzug überwiegen werde. Damit wäre die gesammte städtische Bevölkerung und nach Berechnung verschiedener Abgeordneten im Reichstage auch der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung dem größeren U. und beständig direkt tributpflichtig gemacht. Man sieht, daß die Herren Agrarier nicht blöde sind, sie geben auf's Ganze.

Die Währungsfrage scheint nach Erledigung der schwebenden Zollfragen zunächst an die Reihe zu kommen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an hervorragender Stelle folgende Notiz: Dem Herrn Reichskanzler ist von 108 landwirtschaftlichen Vereinen folgende Zuschrift zugegangen: „Eure Durchlaucht wolle in Anbetracht der schweren Schädigung, welche die Goldwährung durch Erhöhung des Goldwertes und zunehmende Silberentwertung der gesammten wirtschastlichen Entwicklung Deutschlands und insbesondere der Landwirtschaft und Industrie durch das fortgesetzte Sinken der Preise zuzieht, die Initiative zur schleunigen Herstellung der vertragsmäßigen Doppelwährung ergreifen.“

Frankreich.

Bei dem vorgesehnen in Paris stattgefundenen Zeichenbegangnis Jules Valés trug sich ein bezeichnender Zwischenfall zu, über den ein Privattelegramm aus Paris der „Post. Stg.“ folgendes mittheilt: „Als sich gegen 2 Uhr Nachmittags der Leichenwagen vom Todtenhause auf dem Boulevard Saint-Michel in Bewegung setzte, brachen Arbeiter einen Weichenkranz mit der Aufschrift: „Die deutschen Sozialisten in Paris“ herbei. Raun erblühte eine Studentengruppe den Kranz, als sie den Schrei ausstieß: Nieder mit den Deutschen! nieder mit Deutschland! Die übrige Menge, die nach Tausenden zählte, wurde nun ebenfalls des auf einer hohen Stange getragenen Kranzes anständig und tief: Nieder mit Deutschland! Frankreich hoch! Die Sozialisten, die um den Kranz eine Garde bildeten, erwiderten mit dem Gegenrufe: Es lebe die Kommune! es lebe die Internationale! Diese Schreie folgten dem Zuge, bis auf der Höhe der Rue Soufflot die Studenten, von der Menge angefeuert, einen Sturm auf den Kranz unternahmen. Es entstand ein wilder Kampf mit Stöcken und Todtschlägern, und der Sturm wurde abgeschlagen. Jetzt begann die Menge den Kranz aus der Ferne mit Straßenschloß, Drangenschaalen, ja sogar mit Pfastersteinen zu bewerfen. An der Rue Saint-Jacques entstand ein neuer Kampf. Die während gewordenen Sozialisten schlugen wie toll los. Ein Student fiel verwundet, einen andern trugen seine Kameraden halbtodt aus dem Getümmel. Viele lagen im Schmutz oder stüchelten sich in die Äden, die man hinter ihnen schloß. So wälzte sich der Kampf unter fortwährendem Getöse: Nieder mit Deutschland! bis zum Kirchhof, den die streikenden Sozialisten mit dem deutschen Kranze betreten, während ihre Gegner draußen blieben. Die Polizei ließ sich während der ganzen Zeit nicht sehen.“

Ein Telegramm des „Temps“ aus Shanghai vom 15. meldet: Admiral Courbet eröffnete gestern früh das Feuer auf 3 chinesische Kriegsschiffe, welche sich auf den Ningpo-Fluß gesammelt hatten. Der Ausgang des Gefechtes ist unbekannt. Es herrscht dichter Nebel.

Großbritannien.

England ist um ein kulturhistorisches Ereignis reicher geworden; der Tunnel unter der Mersey, welcher Liverpool und Birkenhead verbindet, ist eröffnet worden. Beide Städte sind thatsächlich schon lange nur eine Stadt gewesen, da die eine Meile breite Waferscheide durch den ununterbrochenen Dienst von Dampfzügen überbrückt war. Der Tunnel wird somit Birkenhead in unmittelbare Landverbindung mit dem ungeheueren Eisenbahnnetz bringen, welches in Liverpool zusammenläuft. Die durch den Tunnel führende Eisenbahn ist indes noch nicht gelegt, so daß das ganze Werk erst Mitte Juni vollständig sein dürfte. Die frühesten Geschichte dieses großartigen Werkes der modernen Ingenieurkunst ist voll von Täuschungen und mißlungenen Versuchen, und nächsten Juni werden es genau 19 Jahre, seitdem die erste Bill zur Anlegung des Tunnels die gesetzliche Sanction erhielt. Jeun Jahre vergingen, und wenig oder nichts war gethan, bis endlich 1880 unter der Leitung von Major Isaac eine neue Kompanie gebildet wurde, die das Werk mit den besten Maschinen der Neuzeit in Angriff nahm und nunmehr glücklich vollendet hat. — Jedenfalls ist dieses Kulturwerk von weit größerer Bedeutung, als wie ein Duzend siegreich beendeter Schlachten gegen die „Rebellen“ im Sudan.

Italien.

Die von verschiedenen Seiten kolportirte Meldung, daß die italienische Regierung, um für die Ausweisung eines italienischen Korrespondenten aus Berlin Repressalien zu üben, mehrere deutsche Publizisten, u. A. den Korrespondenten der

Kreuzzeitung, aus Rom ausweisen wolle, entbehrt der Begründung. Aus Rom wird nämlich dem genannten Blatte von seinem ständigen Korrespondenten geschrieben: „Heute Vormittag begab ich mich in das Ministerium des Innern und legte dem General-Sekretär die Nachricht der „Post. Stg.“ (von der angeblich bevorstehenden Ausweisung) vor. In liebenswürdigster Weise erklärte mir der Beamte, daß die Nachricht von Anfang bis zum Ende erfunden sei und daß die italienische Regierung nicht daran denke, weder mich noch sonst einen meiner Kollegen auszuweisen.“

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 19. Februar cr., Nachmittags 5 Uhr. Drei Naturalisations-Gesuche. — Berichterstattung des Stabs-Ausschusses, betr. die Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Lehranstalten. — Vorlage, betr. die Berichte über den Fortgang der Kanalisationsarbeiten im Oktober-Dezember-Quartal 1884. — Desgl., betr. die Anlage eines Vorgartens auf dem Krankenhaus-Grundstücke im Moabit im Zuge der Birkenstraße. — Desgl., betr. die für die Verpflegung von Waisenkindern zu legitimirten Einheitslätze. — Desgl., betr. die Erhebungen für die Reichs-Armen-Statistik. — Desgl., betr. die Reinigung der Schulräume der höheren Lehranstalten und der Gemeindeschulen. — Desgl., betr. die durch die städtischen Gasanstalten im Oktober-Dezember-Quartal 1884 gespeisten Flammen. — Desgl., betr. die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs. — Desgl., betr. einen Antrag zum Etat für die Ortspolizei-Verwaltung pro 1. April 1885/86. — Desgl., betr. den Ankauf eines Grundstücks an der Demminersstraße zu Gemeindeschulzwecken. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Reichstag zu ersuchen, die Erhöhung der Getreidezölle abzulehnen. — Rechnungssachen. — Berichterstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl von zwei Stadtverordneten und zwei Bürger-Deputirten für die Gewerbe-Deputation. — Eine Remunerationsache.

— Im laufenden Jahre soll laut Beschluß des Bundesraths die Aufnahme einer Statistik der Armenverpflegung stattfinden. Bei der Ausdehnung der Berliner Armenverwaltung sind die bezüglichen Arbeiten so umfangreich, daß der Magistrat sich in der Nothlage sieht, für diese Zwecke vorübergehend ein besonderes Bureau zu etabliren und dafür die Bewilligung einer Kostensumme von 10 000 M. bei der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat der Magistrat die Verlegung der statistischen Aufnahmen auf das Jahr 1. April 1885/86 bei der Staats-Aufsichtsbehörde beantragt, er befindet sich jedoch bis jetzt noch ohne Bescheid.

— Das Zwangsinnungswesen nimmt die Kräfte unserer Armenverwaltung schon in bedeutendem Umfange in Anspruch. Die Durchschnittszahl der Zwangsgerichtskinder betrug im vorigen Jahre 236. Dieselbe ist gegen das Vorjahr um 44 gestiegen, während sie im Vorjahre selbst um 68 und im Jahre vorher um 55 gestiegen war. Die Durchschnittskosten für ein Kind haben im letztvergangenen Jahre 258 M. betragen.

— Unsere städtische Taubstummen-Schule wird etwa zu 10 pSt. von Kindern aus solchen Gesellschaften besucht, welche ihre vollstnigen Kinder der unentgeltlichen Volksschule nicht zuführen pflegen. Für diese Kinder soll in Zukunft ein Schulgeld von 96 M., d. h. in derselben Höhe wie an der königlichen Taubstummenanstalt, erhoben werden. Das Schulgeld für die auswärtigen Schüler wird von 150 M. auf 200 M. jährlich erhöht werden.

Lokales.

Um der Pferdebahnverbindung des Westens der Stadt mit Moabit eine einheitlichere Gestaltung zu geben, werden vom 19. d. M. folgende Betriebsveränderungen eingeführt werden: Die Linie Leipziger Platz — Moabit wird außer Betrieb gesetzt, dagegen wird von dem gedachten Tage an auf der Linie Spittelmarkt — Moabit, auf welcher bisher die Wagen in Zwischenräumen von 8 Minuten verkehrten, ein 6 Minuten-Verkehr stattfinden. Ferner hat die Verwaltung in Folge mehrerer an sie herangetretener Wünsche beschloffen, auf der Linie Kreuzberg — Dönhofsplatz versuchsweise einen Frühwagen einzulegen. Derselbe wird gleichfalls vom 19. d. M. in Wirksamkeit treten und um 6 Uhr 42 Min. früh vom Kreuzberg abgehen, so daß er um 7 Uhr den Dönhofsplatz erreichen wird. Von den Ergebnissen dieses Versuches wird dann die dauernde Befügung dieses Wagens in den Betrieb dieser Linie abhängen.

g. In der hiesigen Musikwelt, speziell des Violinspiels, wird jetzt viel von einer, wenn auch unscheinbaren, so doch weittragenden Erfindung gesprochen, welche von Fachleuten geradezu als genial bezeichnet wird. Es ist dies der Brenzelsche Patentwirbel. Etwas Vollenderes soll undenkbar sein und alle ähnlichen Versuche und Erfindungen sollen mit

diesem Patentwirbel garnicht verglichen werden können. Erfindung ist eine Veränderung der alten Holzwirbel, für Laien kaum bemerkbar, für den Kenner aber von hohem Werthe. Die Holzwirbel werden, soweit sie im Wirbelkasten stehen, eine Metallkapsel gefügt, an welcher sich eine lange Schraube ohne Ende mit Doppelgewinde befindet, sodas dieselbe durch zwei Röhren eingreift und diese gleichzeitig fortzieht. Zu jeder dieser Stahlwirbel gehört ein Stahlbüchsen, in welchem die Röhren angebracht, dessen nach oben verlängerter Theil mit einem Loch zur Befestigung der Saite versehen ist. Man den Wirbel, dessen hinteres Ende mit Mutter versehen ist, in der üblichen Weise dreht, windet sich die Saite den Zapfen herum. Mittels dieses Mechanismus kann die geringste Schwere der Saite schnell und sicher mit größter Leichtigkeit reguliren.

N. Fünfzigjähriges Droschkentischer-Jubiläum. Der seltensten Jubiläum feiert heute, am 18. Februar, der Gartenstraße 15 wohnende Droschkentischer Johann Büng, derselbe, der im Jahre 1805 geboren, hat sich seinem 30. Jahre dem Beruf als Droschkentischer gewidmet und bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Büng, ein seinem Dienstherrn und bei seinen Kollegen ebenso geachteter als beliebter Mann, fährt Droschke 2. Klasse Nr. 8915. Jubilar, der kinderlos, erfreut sich ebenso, wie seine Kollegen der vollsten geistigen und körperlichen Rüstigkeit. Seitens Vereins Berliner Droschkentischer, wie seitens der Kollegen Büngs sollten dem Jubilar morgen große Ueberschreibungen zufließen werden.

g. Das in Aussicht gestellte zweite große Billardturnier zwischen dem Billardkünstler A. Benraud-Kudolphe aus Berlin und dem Billardvirtuosen Franz Escher aus Berlin findet am 23., 24., 25. und 26. d. M. in dem Vereinslocale der Glatzischen Berghallen, Kommandantenstraße 77/79 statt. Die Partie zählt 3000 Points und muß am ersten Abend 800 Points, am zweiten Abend 700 Points, am dritten Abend 800 Points und am vierten Abend 700 Points absolviert werden. Bei dieser Partie erhält der Sieger 1000 Points. Der Anfang des Spiels an jedem der vier Abende erfolgt um 7 1/2 Uhr, das Entree ist von 2 M. 1 M. pro Person und Abend ermäßigt.

a. Wegen schwerer Urkundenfälschung sind gestern Kaufmann B. und der Kellerer B. zur Untersuchungshaft gebracht worden. Beide sind stellunglos und haben ziemlich bemergtes Leben hinter sich. Von Berlin begab sich beide Genossen nach Leipzig und lernten da in einer Bäckergesellschaft B. kennen, welcher mit ihnen verkehrte und ihnen erzählte, daß er eine Erbschaft von 37 000 M. in Rothenburg in Unterfranken demnach zu erben hätte. beiden neuen Freunde überredeten ihn, sich schon jetzt den Rechtsanwalt in Rothenburg, welcher seine Intervention der Erbschaftsache vertrat, eine Abzahlung von 1000 M. zu leisten. Auf diesen Vorschlag ging der Kellerer ein und schrieb an seinen Anwalt, damit dieser die Zahlung von 1000 M. an ihn veranlasse, unter Beifügung der Erbschaftsbescheinigung des Bäckergesellen B. in Rothenburg, worin dieser angezeigte, daß er ihm die 1000 M. graphisch überweisen würde. Dieses Telegramm kam in der Abwesenheit des Bäckergesellen in die Hände seiner Freunde, welche das Telegramm unterschlugen und den Rechtsanwalt zurücktelegraphirten, daß er das Geld telegraphisch sondern brieflich, und zwar nach Leipzig postlagernd schicken möchte. Dieses Telegramm unterzeichneten sie mit dem Namen des Bäckergesellen. Hieraus ließen sich falsche, auf den Namen des Erben lautende Legitimationen papiere anfertigen, damit sie auf Grund dieser Legitimationen postlagernden Geldbriefe erheben könnten. An demselben Tage erkundigten sich die beiden Fälscher beim Postamt nach dem erwarteten Geldbrief, aber die Antwort verweigerte sich. Der Bäckergeselle, welcher weder das Telegramm seines Rechtsanwalts noch eine sonstige Benachrichtigung empfangen hatte, begab sich am jüngsten Sonnabend Postamt in Leipzig und gab da dem Beamten ein Telegramm an seinen Anwalt nach Rothenburg auf, worin er die sendung des Geldes ersuchte. Als der expedirende Beamte den Inhalt des Telegramms las, erinnerte er sich, daß ein Geldbrief für den Bäckergesellen B. aus Rothenburg getrossen war, und dieser mit 1000 M. beschwerte Brief des Bäckergesellen, nachdem er sich legitimirt hatte, aber kurze Zeit nach seiner Entferrnung kamen die beiden Fälscher nach dem Postamt, um nach dem erwarteten Geldbrief zu fragen. Als der Postbeamte ihnen sagte, daß der Brief abgeholt worden wäre, entfernten sich eilig die beiden Fälscher und reisten, ohne nochmals nach der Zurückführung, sofort nach Berlin, um sich der Verurteilung wegen ihrer Fälschungen zu entziehen. Auf die Anzeige des Bäckergesellen, welcher aus dem Briefe seines Anwalts aus den Mittheilungen des Postbeamten ersah, daß seine neuen Freunde ihn um die 1000 M. haben bringen wollten, wurden die beiden Fälscher gestern hieselbst festgenommen zur Untersuchungshaft gebracht.

ohne sich zu rühren, und schlief so sanft und ruhig wie ein Kind, gerade so wie Sie ihn sahen, als Sie ihn verließen, und ich dachte noch bei mir: „Diesmal hat sich der Herr Doktor geäußert, denn so ruhig hat der Graf lange nicht geschlafen.“ — Es mochte eben gegen elf gewesen sein, da fühlte ich mich sehr müde. Wenn man alt ist, Herr Doktor, wissen Sie, so mag man sich noch so sehr dagegen bemühen man unterliegt doch der Müdigkeit und nicht ein, ohne es zu wissen.“

„Das ist mir begreiflich; fahren Sie fort.“
„Uebrigens hatte ich nach meiner Ansicht dadurch nichts versehen; es war ja Alles gut, und ich beruhigte mich mit dem Gedanken, er wird schon bis zum Morgen schlafen. Um Mitternacht hörte der Wind auf, der bis dahin an die Fensterscheiben geklopert hatte. Ich erwachte darüber, daß das Geräusch aufhörte, und stand auf, um zu sehen, wie es wohl draußen ausläge. Die Nacht war pechschwarz, keine Hand vor den Augen zu sehen. Ich lehnte auf meinen Platz zurück, betrachtete noch einmal unsern Kranken, bemerkte, daß er seine Lage nicht im geringsten verändert hatte. Ich fing wieder an zu striden; aber nach einigen Augenblicken fielen mir die Augen zu; ich schlief wieder ein. „Rein Schlaf war fest und gut; mein Beinhstuhl weich und bequem, wie ein Daunenbett; im Zimmer war es warm — Alles trug dazu bei, meinen Schlaf zu befördern.“

Sie hielt wieder inne.
„Und der Graf? . . . Fahren Sie fort, Madame Dupré!“
„Beurtheile Sie mich nicht so streng, mein Herr,“ sagte sie, den hastigen Ton, in welchem Fritz gesprochen hatte, mißdeutend. „Bedenken Sie, daß ich alt bin, und daß Alles dazu angethan war, mich zum Schlafen einzuladen. So mochte ich wohl eine Stunde geschlafen haben, als ein schneidender Luftzug mich weckte. Ich sprang auf, öffnete die Augen . . . und was erblickte ich? . . . Das große Mittelfenster offen, die Vorhänge zurückgeschlagen, und den Grafen am offenen Fenster stehend.“
„Den Grafen?“
„Ja, Herr Doktor!“

„Es ist unmöglich; er ist so schwach, daß er sich kaum rühren kann.“

„Sie haben recht, und daran habe ich auch gedacht; dennoch war er es, denn ich sah, so wie ich Sie jetzt vor mir sehe. Er hielt eine Fadel in der Hand. Die Nacht war sehr dunkel und die Luft so still, daß die Flamme der Fadel nicht einmal fladerte.“

Fritz blühte Jeane Dupré mit bestürzter Miene an.
„Zuerst,“ fuhr sie nach kurzem Schweigen fort, „als ich den Herren Grafen in einer solchen Stellung sah, wollte ich rufen, nach Hilfe schreien, aber glücklicher Weise besann ich mich schnell, er könne mondsüchtig sein, dachte ich, wenn ich rufe, erwacht er, stürzt hinab und er ist verloren . . . Sie wissen wohl, Herr Doktor, Mondsüchtige darf man nicht anrufen.“

„Ich weiß, ich weiß . . . Weiter!“
„Gut, ich schweige und blide mit unverwandten Augen nach ihm hin. Denken Sie, da erhebt er langsam die Fadel, dann senkt er sie. Dies wiederholte er drei Mal, wie Jemand, der damit einem Andern ein Zeichen geben will. Dann wirft er die Fadel hinab, zieht die Vorhänge zu, geht an mir vorüber ohne mich zu sehen und legte sich wieder in das Bett, etwas vor sich himmelmelnd, Gott mag wissen, was.“

„Wissen Sie gewiß, daß Sie dies Alles gesehen haben, Madame?“

„Run ob ich das gewiß weiß!“
„Das ist eine seltsame Geschichte!“
„Das weiß ich wohl, aber was wollen Sie? Es ist nun einmal so gewesen . . . Ich erschrak im ersten Augenblick. Dann als ich ihn wieder so ruhig auf seinem Bette liegen sah, die Hände auf der Brust als ob nichts geschehen wäre — da sagte ich zu mir selbst: „Jeane, es wird ein Traum gewesen sein; es ist nicht anders möglich.“
„Dieselbe Vermuthung habe ich auch, Madame Dupré.“
„Aber Sie täuschen sich, Herr Doktor!“ Ich habe mich wohl überzeugt, ob ich geträumt oder gewacht habe — ich bin an das Fenster gegangen und habe hinausgesehen. Richtig . . . die Fadel lag noch da. Sie war in

ein Dornengebüsch gefallen, welches sich etwas links von der dritten Ausfallthür befindet; ich habe sie noch glimmen sehen.“

Es war eine Thatsache, die nicht hinweggeleugnet werden kann. Und wenn Sie mir nicht glauben — ich habe Zeugen, der Alles bestätigen kann . . . Als ich gerade Herrn Habicht's Hund in den Schuppen jenseits dort festband. Er muß Alles mit angesehen haben. Ich habe nicht geträumt, Herr Doktor.“

Sie blühte darauf den Arzt einige Sekunden schweigend an, als erwartete sie von ihm die Versicherung, daß Alles, was sie sagte, für wahr hielt. Da aber Schweigen sie aufzufordern schien, weiter zu sprechen, fuhr sie fort:

„Sie können sich wohl denken, Herr Doktor, daß dieser Zeit an mich aller Schlaf floh, und ich während ganzen noch übrigen Nacht vollkommen wach blieb. Ich kam mir vor, wie eine Schildwache, und blühte mich fort im Zimmer um; es war mir, als müßte ich meinem Stuhl oder in irgend einem Winkel des Zimmers etwas rühren. Ich war nicht furchtsam, aber — Sie den es begreifen — unruhig aufgeregert. Bei Tagesanbruch als Miß Gabriele kam, ging ich fort. Als ich durch den Korridor ging, bemerkte ich, daß die erste Fadel in Ringe rechts fehlte.“

„Sie glauben, daß der Graf die Kraft gehabt sein Zimmer zu verlassen, auf den Korridor hinauszugehen und von dort eine Fadel zu holen?“

„Es kann nicht anders sein! . . . Darauf hinabgestiegen und habe unten, wo ich die brennende Fadel liegen sah, gesucht und richtig — dicht bei dem großen Gange, welcher nach der kleinen Ausfallthür führt, fand ich den Rest noch in dem Strauch liegen. Sie da ist sie.“

Mit diesen Worten zog die Frau zur größern glaubigung ihrer Worte den Stumpf einer Fadel aus ihrer Schürze hervor, und legte denselben auf den Tisch. Fritz konnte dagegen unmöglich etwas einwenden.

Eine
gegenwärtig
einen L
Länge 2 o
eine Zahlung
auf sein
als Profurist
Wahrung des
beschäftigt
möglichst w
Schicht seine
und Tochter
schlechten na
die sie weiter
Beschäft, als
als Besondere
dem Einverst
das Besondere
die Röhre ge
nachkommen
200 M. la
als Schulden
den den Umständen
dieser Umst
welche auf
bestanden vor
Dure
Konfession
werden de
den ersten
auschließ
schwinden
in Grunde,
man Reibe
wenn man
der Kurstuch
beträ
bezog ein
— er it
schätzte Bob
25—30 000
kommen soll
ausfallen se
begehrt habe
Summe erbe
größtenteils
den Beschäft
und erfolg
Wahrung d
den nun sa
und L. z
wird alles
den und e
kommen Sch
den Tage
sente bishe
und b
mehr dem I
wie hören,
langere ein
genommen i
Auch i
Martini ist
eine zu ha
wobn
stretete
Wagen, d
Wagade er
erhalten sie
die Ehe ir
aus diesem
eine Mäde
größtenteils
nehmen vo
schon dem
Kingschuld
Galtungen
Vor:
ein die Eb
wie denn?
wer'n lassen
aber 'mal
schütteln
nieder.
Wie
schwach, s
ein Korri
ein schwer
bedructe
Seine Be
Geze.
„Hal
Herz, die
sieht, nie
Er r
daß Jean
zu verlass
„Ne
haben seh
Kenntnis
von diese
„Ni
nur dem
„Ah
ständig
Fritz
sie fortge
den Mat
Als
erblickte
Hund in
und eine
Zeit ni
„Ei
als er f
„It
gehen.“
begleiten
„E
hinaufzu

... Eine Untersuchung wegen Wechselfälschung ...
... der ersten Strafkammer des Landgerichts I ...
... einen hiesigen Fabrikanten und seine bereits groß-
... Tochter. Der Fabrikant hatte vor mehreren Jahren ...
... eingestell und sein Fabrikgeschäft ging fort-
... auf seine Tochter über, in deren Geschäft der Vater nun ...
... Prokurist eintrat, durch welche Transaktion die Weiter-
... der einmal sehr umfangreichen und renommierten ...
... unbehelligt von den Gläubigern des Fabrikanten, ...
... wurde. Da aber während der letzten Jahre das ...
... seinen erheblichen Gewinn brachte, so geriet der Vater ...
... Tochter in Noth, und um entstandenen Zahlungsverbind-
... fälschten sie gemeinschaftlich 5 Wechsel, ...
... sie weiter girteten. Der Vater schrieb den Kontext der ...
... als deren Aussteller die Firma seiner Tochter und ...
... Bezogenen ein Geschäftsfreund bezeichnet wurde. Mit sei-
... Einverständnis schrieb sodann seine Tochter den Namen ...
... Bezogenen als Akzeptanten auf den Wechsel, wobei sie sich ...
... Mühe gab, die Schriftzüge des bezogenen Geschäftsfreundes ...
... nachzuahmen. Die Angeklagten haben dann die über ca. ...
... M. lautenden Wechsel weiter gegeben und den Erlös für ...
... verwendet. Vier dieser Wechsel wurden von den beiden ...
... Schuldigen später wieder eingelöst, während sie den Betrag ...
... den fünfsten noch künftigen Wechsel hinterlegt haben. ...
... Umstand konnte aber nicht die Erhebung der Anklage, ...
... auf qualifizierte Urkundenfälschung und Betrug lauten, ...
... hindern. Die Hauptverhandlung wird Anfang nächsten ...
... Monats vor der I. Strafkammer stattfinden.

... Durchgebrannt. Großes Aufsehen dürfte besonders ...
... Konfektionskreisen die Nachricht von dem plötzlichen Ver-
... des Buchhalters und Kassiers L. eines der be-
... Berliner Konfektionsgeschäfte hervorgerufen, welches ...
... ausschließlich den Export nach Amerika betreibt. Dem ...
... L's liegt eine große Anzahl von Unterschlagungen ...
... Grunde, welche er in seiner Vertrauensstellung während ...
... Reihe von Jahren unentdeckt begehren konnte. Auch jetzt ...
... man schwerlich auf die Veruntreuungen L's gekommen ...
... wenn sich nicht die beiden Geschäftsinhaber (B. u. C. in ...
... Kurtrübe) getrennt hätten und bei dieser Gelegenheit das ...
... betrügerische Treiben des L. aufgedeckt worden wäre. ...
... bezog ein Jahresgehalt von 5000 M., doch soll sein Haus- ...
... er ist verheiratet und hatte eine komfortable einge-
... Wohnung im Thiergarten inne — einen Kuffand von ...
... 25 000 M. beansprucht haben. Seinen näheren Ver-
... soll schon seit längerem der von L. entfaltete Luxus ...
... gefallen sein. Die Höhe der durch falsche Buchungen u. ...
... unterschlagenen Unterschlagungen soll die Gesamtsumme ...
... von 150 000 M. bei Weitem übersteigen. Aus dieser ...
... Summe erhielt auch beiläufig, wie groß der Geschäftsbetrieb ...
... der Firma gewesen. Als die Veruntreuungen von ...
... Geschäftsinhabern entdeckt wurden — was am späten ...
... Abend erfolgte — begab sich die Ehefrau sofort nach der ...
... Wohnung des L., der sich bereits zur Ruhe begeben hatte. ...
... nun sagten sie ihm die Unterschlagungen auf den Kopf ...
... und L. warnte auch nicht, die That zu leugnen. Sie nahmen ...
... alles Wertvolle, wie Pretiosen u., einstweilen in Be-
... und entfernten sich darauf, um am anderen Tage die ...
... Schritte in der Angelegenheit zu bewirken. Am an-
... Tage aber war L. verschwunden; wohin er sich begeben, ...
... bisher nicht ermittelt werden. Zu bedauern ist die aus ...
... Frau und drei Kindern bestehende Familie des L., welche nun-
... dem Mitleide ihrer Verwandten anheimgegeben ist. Wie ...
... hören, sollen die geschädigten Ehefrau bis jetzt von der ...
... einer strafrechtlichen Verfolgung des L. Abstand ...
... genommen haben.

Gerichts-Zeitung.

... Auch ein Geiratskandidat. Der Tischler Adolf Fritz ...
... ist eine stattliche Erscheinung, die nicht nur Hobel und ...
... zu hantieren, sondern auch ganz defaite Herzen im Sturm ...
... zu regieren versteht. Was Wunder, wenn sich dem zuversicht-
... streitenden Menschen nach kurzer Bekanntschaft ein hübsches ...
... Mädchen, die unverheiratete Friederike Runge, auf Gnade und ...
... Anbade ergab, zumal fortgesetzte Andeutungen des Anbeters ...
... stehen ließen, daß derselbe mit vollen Segeln in den Hafen ...
... der Ehe einzulaufen beabsichtige. Die Ausgewählte quittirte ...
... diesem Grunde am 1. Oktober v. J. ihren Dienst; das ...
... Mädchen mußte jedoch bald inne werden, daß Opfer eines ...
... gewissenlosen Menschen geworden zu sein. Der Letztere wurde ...
... versehen vor den Straftrichter geladen, und Martini war un-
... schuldig genug, seine Handlungsweise noch rechtfertigen zu ...
... wollen. Die Verhandlung begann mit der Vernehmung des ...
... Angeklagten, der mit großer Entrüstung die erhabenen Be-
... schuldigungen in Abrede stellte.

... Vorl.: Sie werden doch nicht bestreiten wollen, der Zeu-
... gin die Ehe versprochen zu haben? — Angell.: J, wo wer ...
... id denn? Die Person der sich natürlich die Zeit nicht lang ...
... was lassen, indem ich mich zu de Worten jehöre. Wenn ...
... aber 'mal mit meine Frau wat passieren sollte, wat doch

... schüttelnd sah er schweigend da und blickte vor sich ...
... nieder.
... Wie konnte dieser Mann, den er den Abend vorher so ...
... schwach, so von allen Kräften erschöpft, gesehen hatte, in ...
... den Korridor hinaus gehen, in sein Zimmer zurückkehren, ...
... ein schweres Fenster öffnen und wieder schließen? Was ...
... bedeutete das Signal mit der Fackel mitten in der Nacht? ...
... Seine Gedanken richteten sich unwillkürlich auf die schwarze ...
... Geze.

... „Habsicht hat recht,“ dachte Fritz, „es ist die schwarze ...
... Geze, die mit der Krankheit des Grafen im Zusammenhang ...
... steht, nicht aber die Katastrophe in Davistown.“

... Er riß sich endlich aus seinen Sinnen empor und sah, ...
... daß Jeanne Dupré aufgestanden war und sich anschickte, ihn ...
... zu verlassen.

... „Madame,“ sagte er zu ihr, sie zurückhaltend, „Sie ...
... haben sehr wohl gethan, mich von dieser Begebenheit in ...
... Kenntniß zu setzen. . . . Haben Sie mit keinem Andern ...
... von diesem Vorfalle gesprochen?“

... „Mit Keinem, Herr Doktor! Dergleichen darf man ...
... nur dem Priester und dem Arzte sagen.“

... „Ah, vortrefflich, da höre ich, daß Sie eine sehr ver- ...
... ständige Frau sind.“

... Fritz begleitete Madame Dupré hinaus, und nachdem ...
... sie fortgegangen war, setzte er seine Belamähe auf, hing ...
... den Mantel um und ging in den Schloßhof hinab.

Sechstes Kapitel.

... Als Fritz eben durch das Schloßthor den Hof betrat, ...
... erblickte er Habsicht, welcher mitten im Hofe stand, seinen ...
... Hund liebkosend, der ihm bis an den Hals emporsprang ...
... und eine Freude äußerte, als ob er seinen Herrn seit langer ...
... Zeit nicht gesehen habe.

... „Ei so früh schon auf dem Spaziergange?“ rief er, ...
... als er Fritz erblickte.

... „Ich will ein wenig im Schloßhofe umher- ...
... gehen,“ antwortete der Doktor. „Willst Du mich ...
... begleiten?“

... der Fall sind könnte, det id denn man an dei Mädchen zuersch-
... denke.

... Vorl.: Zu frivolten Scherzen ist die Sache durchaus nicht ...
... angethan. Sie würden überhaupt gut thun, alles zu verme-
... den, was Ihren Charakter in ein noch ungünstigeres Licht ...
... stellen könnte. Es ist eine Nichtwürdigkeit, wenn ein verhei-
... ratheter Mann einem unerfahrenen Mädchen die Ehe verspricht ...
... und dann den auf diese Weise erlangten Einfluß zur Ausbeu-
... tung der Geliebten benützt. — Angell.: Kuratier id nu jerade ...
... mein Fall, Herr Gerichtshof; den Artikel habe id de schwere ...
... Menge us Lager. Aber denn ulle id ooch wieder jerne 'n ...
... blickten bei de Mädchen, wat doch bei Frauen und Baroness ...
... ooch schon unterschiedliche Male vorjelommen sind soll; und ...
... wat bei de jule Gesellschaft erlooht id, det were id woll ooch ...
... dersen.

... Vorl.: Wenn Sie weiter nichts als einen Scherz im ...
... Auge gehabt hätten. So würden Sie dies allein mit Ihrem Ge-
... wissen abzumachen haben. Alle Umstände sprechen aber dafür, ...
... daß Sie den ermedelten Jurium noch weiter genährt haben, ...
... um sich hierdurch Vermögensvortheile zu verschaffen. — An-
... geklagter: Sowat id von meine Seite nich verzappt, Herr ...
... Gerichtshof, un wenn id sone Person aus Spah 'n blickt ...
... wat vorquatsche, denn braucht se det doch nich gleich aus Ernst ...
... zu sloben. Wer aber so dumm id, der derf sich hinterher ...
... nich verwundern, wenn er in 'n Wartschleffel zu liegen kommt.

... Vorl.: Eine derartige Logik ist sicher nicht unbedenklich, ...
... paßt aber außerdem im vorliegenden Falle in keiner Weise. ...
... Sie sind bei den Ihnen zum Vorwurf gemachten Schwindelacten ...
... mit einer Unersföhrenheit zu Werke gegangen, welche vollständig ...
... geeignet erscheint, auch vorsichtige Menschen zu täuschen. Zu- ...
... nächst schwapten Sie dem Mädchen 30 M. unter dem Vor-
... geben ab, Sie wollten für das Geld Breiter zu einigen Möbeln ...
... für den künftigen Hausstand kaufen. — Angell.: Keene Ahnung, ...
... Herr Gerichtshof.

... Vorl.: Sie können doch nicht in Abrede stellen, diesen ...
... Umstand bereits bei Ihrer polizeilichen Vernehmung zugegeben ...
... zu haben. — Angell.: Det stimmt ooch noch, Herr Gerichtshof; ...
... aber der Mann, wat der Bachmeister von 'i Revier id, ...
... der machte schon mehr 'ne Jevalltsalle, indem er sagte, er ...
... müßte mir von wejen Verdunkelung instechen, wenn id nich ...
... injeischen dächte.

... Vorl.: Der Beamte hat Sie sicher nur zur Wahrheit ...
... ermahnt. Uebrigens wurden Sie ja damals auch in Haft ge-
... nommen und erst 14 Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt. ...
... — Angell.: Da haben Se wieder sehr richtig, Herr Gerichtshof; ...
... injeischen bin id derentwegen doch geworden, aber nich ...
... von n wejen Verdunkelung, man blos von wejen falsche Vor-
... sjeielung.

... Vorl.: Für derartige schaffinnige Unterschiede fehlt uns ...
... jedes Verständnis. Uebrigens will ich Sie daraus aufmerk-
... sam machen, daß sich die Aussage der Zeugin Runge ...
... genau mit Ihren vor der Polizei zu Protokoll gegebenen ...
... Erklärungen deckt. Sie sollten diesen Umstand nicht un-
... beachtet lassen. — Angell.: Wat die Person redt, Herr ...
... Gerichtshof, det id allens man blos als Mumpitz zu äst-
... mieren; det Mädchen hat 'ne Pflanterie uf mir, wo id ihr denn ...
... natürlich janich als Beije annehmen kann.

... Vorl.: Es läßt sich denken, daß nach dem Vorgefallenen ...
... die Zeugin nicht besonders gut auf Sie zu sprechen ist. Hier-
... durch allein wird deren Glaubwürdigkeit nicht in Frage ge-
... stellt. Uebrigens liegt in Anschung der Hauptpunkte das ...
... Zeugniß mehrerer Personen vor, so daß Sie keinen un-
... gerechtfertigten Nachtheil zu besorgen haben. — Angeklagter: ...
... Son Frauenvolk muß janz oppartig tagiert wer'n, Herr ...
... Gerichtshof. In sone Kreatur id einmal keen Bestand ...
... d'rin.

... Vorl.: Nun gut, Sie bestreiten, die Zeugin zur Her-
... gabe der 30 M. durch falsche Angaben veranlaßt zu haben. ...
... Beim nächsten Punkt handelt es sich um 75 M., welche Sie ...
... angeblich zur Stellung einer Kaution forderten und auch er-
... hielten. — Angell.: Nu schlag aber eener lang hin! In de ...
... janze Welt id et keene Mode, det de Dischers Kondition ...
... stellen.

... Vorl.: Von Tischlern pflegt allerdings keine Sicher-
... heit verlangt zu werden, welche Geflogenheit auch der ...
... Runge bekannt sein dürfte. Sie haben aber der Zeugin ...
... vorgezweigt, Sie hätten ein vortheilhaftes Engagement als ...
... Komptoldienere erhalten, und der Antritt dieser einträg-
... lichen Stelle sei von der Bestellung einer Kaution ab-
... hängig gemacht worden. — Angell.: Kotwetter noch eens; wo ...
... kann det Mädchen sowat sagen, wo mir doch jänzlich nichot von ...
... bewußt id.

... Vorl.: Endlich wird Ihnen noch zum Vorwurf gemacht, ...
... der Zeugin am 29. September v. J. 18 M. und 75 Pf. ab-
... geschwindelt zu haben, angeblich, um mit diesem Gelde die ...
... Miethe für eine Wohnung zu bezahlen, welche von Ihnen ...
... demnachst gemeinschaftlich bezogen werden sollte. — Angell.: ...
... Aber son Uffchnitt! Det trau' id mir schon zu sloben, det se ...
... sich nu schon nich ekein möchte, wenn id mit ihr uff Standes-
... amt jehen dächte; aber —

... Vorl.: Schön, Sie bestreiten auch diesen Punkt. Nun ...
... sagte er, seinen Hund abwehrend, der immer noch zu ihm ...
... emporprang.

... „Woher rührt diese ausgelassene Freude Deines Lieb-
... lings?“ fragte Fritz.

... „I nun, das arme Thier hat wieder die ganze Nacht ...
... an der Kette liegen müssen; Toby hat ihn wieder ...
... festgemacht, trotzdem er weiß, daß ich's durchaus ...
... nicht will.“

... „Warum verbietest Du denn Toby nicht, Deinen ...
... Hund anzubinden?“

... „Ja, darf man ihm denn etwas verbieten? . . . Du ...
... mußt wissen, Fritz, so sehr der Zwerg an seinem Herrn ...
... hängt, eben so ist er auch ein Liebling des Grafen, ...
... und wer dem Zwerge zu nahe läme, der würde den ...
... Grafen mit beleidigen. Man muß ihm eben seinen Willen ...
... lassen.“

... „Die Anhänglichkeit des Zwerges an den Grafen ist ...
... in der That rührend,“ sagte Fritz. „Als ich ihn gestern ...
... in der Bibliothek auf der Leiter sitzen sah, bemerkte ich, ...
... daß er elend und abgemagert aussieht. Er scheint sich die ...
... Krankheit seines Herrn so sehr zu Herzen zu nehmen, daß ...
... er darüber Speise und Trank vergißt.“

... „Glaube das nicht, Fritz; er ist für zwei, und nament-
... lich auch jetzt, wo Du glaubst, er vergäße Speise und ...
... Trank. Die Haushälterin sprach noch gestern ihre Ver-
... wunderung darüber aus, welche Portionen er sich in sein ...
... Häuschen schaffte ließe; eine ganze Rehtoule verschwindet ...
... an einem einzigen Tage.“

... „Eigenthümlich; sein Aussehen ist das eines Menschen, ...
... welcher mangelhafte Nahrung zu sich nimmt.“

... Sie waren bei ihrem Spaziergange über den ...
... Hof hinweggeschritten nach der Seite, wo ein von ...
... Gesträuchen eingefasster Pfad zu einer der Ausfallporten ...
... führte. Fritz hatte absichtlich diesen Weg eingeschlagen. ...
... Als sie jetzt den schmalen Weg entlang gingen, blickte er ...
... rechts und links und schien jeden der Sträucher aufmerksam ...
... zu betrachten.

... „Seinem Puthen fiel das auf.“

... „Wonach siehst Du, Fritz?“ fragte er.

(Fortsetzung folgt.)

... sagen Sie aber, was sollte das Mädchen wohl veranlaßt haben, ...
... Ihnen so erhebliche Summen zu geben? — Angell.: Vor die ...
... paar Mark kann det nu schon nich mehr schlafen; da were id ...
... aber woll noch immerzu un alle Tage vor jut find.

... Die Beweisaufnahme bild durchweg zu Ungunsten des An-
... geklagten aus, der daher des wiederholten Betruges für ...
... überführt erachtet und in Rücksicht auf eine wegen Unter-
... schlagung erllitene Vorstrafe zu 6 Monaten Gefängniß sowie ...
... einem Jahre Ehrverlust verurtheilt wurde. (Ber.-Ztg.)

... Die bereits abifirte Majestätsbeleidigungs-Anklage ...
... gegen den Schriftsteller Dr. Max Nathanson (Norton) gelangte ...
... gefiern vor der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. ...
... zur Verhandlung. In einer am 25. Oktober v. J. im Dor-
... theenstädtischen Kasino stattgehabten konserativen Wählerver-
... sammlung, in welcher der konservative Reichstagskandidat Pro-
... fessor Ad. Wagner den Vortrag hielt, machte der Kellner Jurisch ...
... einem Vorstandsmitglied die Mittheilung, daß der der deutsch-
... freisinnigen Partei angehörende Schriftsteller Dr. Nathanson ...
... Anfangs 1882 im literarischen Klub eine den Kaiser beleidig-
... ende Aeußerung geübt hab. Auf Veranlassung des betr. ...
... Vorstandsmitgliedes brachte Jurisch die u. Aeußerungen zu ...
... Papier, welches alsdann der Staatsanwaltschaft zur weiteren ...
... Veranlassung eingereicht wurde. Darnach soll der Angeklagte ...
... im Gespräch mit den Schriftstellern Jabel und Moczowski ...
... geäußert haben: „Es ist doch ein Standal, wie man hier (im Klub-
... lokal) die Büsten des Kaisers und Kronprinzen anbrinaen ...
... kann.“ Auf eine Entgegnung Jabels: „Wie meinen Sie ...
... das?“ erklärte Nathanson: „Man könnte die Büsten doch im ...
... Spielzimmer aufstellen.“ worauf Jabel antwortete: „Da passen ...
... Sie doch erst recht nicht hin!“ Nunmehr drehte Nathanson ...
... die Büste des Kaisers gegen die Wand und bemerkte: „So, ...
... jetzt denke ich, es ist Schiller; nun kann man doch wenigstens ...
... mit Appetit essen. Hierauf erklärte Jabel: „Vassen Sie das, ...
... Herr Nathanson, ich bin Patriot.“ — Bei seiner Vernehmung ...
... vor dem Kriminalkommissar Schulz gab Jurisch als Ursache die ...
... Mittheilung dieser Aeußerungen in jener Versammlung an, ...
... daß er, da Nathanson eine Woche vorher in einer freisinniger ...
... Volksversammlung seine Verehrung untes Kaisers betont habe, ...
... darüber ärgerlich gewesen sei. — Der Angeklagte stellte ...
... entschieden in Abrede, die inkriminirten Aeußerungen ...
... gethan zu haben. Wenn er über dieses Thema etwas ...
... geäußert habe, so sei es höchstens ein Ausdruck seiner Un-
... zufriedenheit darüber, daß in einem literarischen Klub als ein-
... ziger Schmutz die Büsten des Kaisers und Kronprinzen ange-
... bracht seien, während jeder Hinweis auf den Zweck des Klubs ...
... fehle. — Es wurde hierauf in die Beweisaufnahme eingetreten ...
... und als erster Zeuge der Schriftsteller Jabel vernommen. Der-
... selbe bekundete etwa: Der Angeklagte, er und einige andere ...
... Kollegen hätten den literarischen Klub gegründet, um eine Re-
... präsentanz der literarischen Elemente nach Außen hin zu schaffen. ...
... Der Klub sei aber in andere Bahnen gelenkt worden, weshalb ...
... der Angeklagte gegen den Vorstand, der zu seiner Zeit haupt-
... sächlich durch den Generalkonsul Vanbau vertreten wurde, ...
...ständig polemisierte. Auch an dem bewußten Abend sei der ...
... Angeklagte auf sein Siedepfend gekommen und habe die ...
... Bezeichnung mit einem Börsenklub verglichen. Er äußerte ...
... etwa: „Wie sieht es überhaupt hier aus? Hier ist nichts, ...
... was an einen literarischen Klub erinnert.“ Darauf habe ...
... er die Büste des Kaisers umgedreht und geäußert: „Nun ...
... kann ich denken, es sei Göthe oder Schiller. Später habe er ...
... den Angeklagten im Nebenstimmer auf das Beschmackloie auf-
... merklich gemacht, an der Büste des Kaisers zu demonstrieren. ...
... Hätte der Angeklagte Aeußerungen gethan, die als Belei-
... digungen des Kaisers aufgefaßt werden konnten, so wäre er als ...
... wüthlicher Patriot, der dies nicht blos in Worten zum Aus-
... druck bringt, nicht am Tische sitzen geblieben. Des Ausdrucks ...
... „Standal“ erinnere er sich nicht; keinesfalls habe ihn der An-
... geklagte mit Bezug auf die Büste des Kaisers gebraucht. — ...
... Schriftsteller Moczowski bestätigte im Wesentlichen die Be-
... kundungen des Jabel und deponirte: „Ich weiß bestimmt, daß ...
... der Angeklagte die Worte „Nun kann ich ja wenigstens mit ...
... Appetit essen“ nicht geäußert hat! Er sei mit dem Angeklagten ...
... seit längerer Zeit befreundet und habe derselbe ihm gegenüber ...
... stets seine monarchische Gesinnung überzeugend vorföhren. Auch ...
... sein Vortrag im Anfang Oktober im Dortheenstädtischen ...
... Kasino über Republik und Monarchie beweise, daß er die ...
... Monarchie energisch verteidige. — Kellner Karl Jurisch ...
... bleibt im Wesentlichen bei den Angaben in der Denunziation ...
... stehen. Er fügt aber hinzu, daß der Angeklagte auch gesagt: ...
... Hier in das Klublokal gehören Schiller und Göthe her. Nur ...
... behauptet er anfangs, daß nicht der Zeuge Moczowski, son-
... dern dessen Bruder bei der inkriminirten Unterhaltung zugegen ...
... gewesen sei. Als Grund der Anseigerstattung gab der Zeuge ...
... heute im Gegensatz zu seiner vor dem Kriminalkommissar ge-
... machten Deposition an, daß Nathanson einen Vortrag gegen ...
... Kaiser und Reich gehalten und daß er deshalb auf denselben ...
... ärgerlich war. Zu denunziren sei ihm nicht in den Sinn ge-
... kommen. Schließlich wurden noch der Klubdiener Bagel und ...
... der Restaurateur Sänega, denen Jurisch unmittelbar nach dem ...
... Anklageerfall von den Aeußerungen eines Gastes ...
... im literarischen Klub Mittheilung gemacht hatte, über

Berliner Theater.

□ Im Deutschen Theater. in dem sonst zumeist ...
... die tragische Rolle zu herrschen pflegt, hat jetzt das neue Lust-
... spiel von L'Arronge: „Der Weg zum Herzen“ ...
... schnell den Weg zum Herzen des Publikums gefunden und seit ...
... Wochen regelmäßig volle Häuser erzielt. Der Weg zum Her-
... zen, den und L'Arronge jezt, ist ein origineller, er führt uns ...
... durch die Inquisitionspraktiken eines angehenden Staats-
... anwalts zu einem hübsch geschürzten Herzensbunde. Die To-
... chter des Fabrikanten Kern (Fräulein S o r m a) bekennet sich zur ...
... Theorie, daß Liebe Gegenliebe hervorruft, findet aber dabei ...
... beim Messor von Säoll (Herr K a d e l b u r g) entscheidenden ...
... Widerpruch, so lange aber nur, bis die wiederholten Debatten ...
... zwischen den Beiden thatsächlich zu dem Beweise der Wahrheit ...
... dieses Prinzips geführt haben. Unser angehender Staatsanwalt ...
... verliebt sich nämlich trotz seiner Zweifel bis über beide Ohren ...
... in seinen hübschen Widertpart, zumal er sich durch einen aolon-
... derischen Zwischenfall von dem intensiven Interesse desselben ...
... an seinem weichen Ich hat überzeugen müssen. Die Geschichte ...
... von der entwendeten Brieftasche — entwendet nur aus eifer-
... süchtiger Regung für ihn — und die zahlreichen Verwicklungen ...
... die sich daran knüpfen, insbesondere aber das staatsanwalliche ...
... Vorgehen des Messors gegen die schuldige Geliebte, bilden die ...
... interessantesten Momente in der Entwicklung des Stückes. Im ...
... Vergleich hierzu treten die beiden anderen Liebespaare, sowie ...
... die Auseinandersetzungen des Ehemanns Kern mit seiner „hoch-
... geborenen“ Ehefrau an Interesse zurück. Eine sehr gelungene ...
... Delegung der Handlung giebt aber die Figur des ezentrisch-
... daten Kommerzienraths Kern, durch Herrn Engels ganz ...
... ausgezeichnet dargestellt und allseitig mit wärmstem Beifall ...
... dafür belohnt. Mehrere wirkliche Szenen, sowie sämtliche ...
... Altschlüsse bewiesen, daß das Publikum auch sonst vom Stück ...
... wie von der Darstellung wohl befriedigt war.

... Belle-Alliance-Theater. Der Schönthansche Schwanz ...
... „Der Klub der Sabinerinnen“ äbte bisher noch eine so außer-
... ordentliche Zugkraft aus, daß die Direktion sich entschlossen hat, ...
... denselben bis Ende dieser Woche ununterbrochen auf dem Re-
... pertoir zu belassen.

... Die Sommeroper des Louisenstädtischen Theaters wird, ...
... wie verlautet, von Herrn R. Schöned, dem bisherigen Direktor ...
... und Kapellmeisters des Eibinger Stadttheaters, geleitet werden.

Ihre Wissenschaft vernommen. Ihre Aussagen sind aber bedeutungslos, weil Jurisch ihnen gegenüber nur Drucksache der geplogenen Unterhaltung mitgeteilt hat. Staatsanwalt Sandmeier erachtet schon das Herumdrehen der Wüste des Kaisers als eine Majestätsbeleidigung und beantragte für diese eine monatliche Gefängnisstrafe. Demgegenüber plädierte Rechtsanwalt Michaelis mit großer Wärme für die Freisprechung seines Mandanten, dem scheinbar sowohl die Absicht als auch nur das Bewußtsein, daß durch das Herumdrehen der Wüste der Kaiser beleidigt werden könnte, gefehlt habe. Der Gerichtshof erklärte auf Freisprechung des Angeklagten, indem er davon ausging, daß der Zeuge Jurisch nicht die Fähigkeit der richtigen Auffassung besitze, während die Zeugen Jabel und Modowski sich des Vorfalls in allen seinen Einzelheiten genau erinnern. Nun könnte ja in dem Herumdrehen der Wüste eine Beleidigung des Kaisers gefunden werden, der Gerichtshof sei aber überzeugt, daß der Angeklagte damit nur gegen den Vorstand demonstrieren wollte und daß er weder die Absicht hatte, den Kaiser zu beleidigen, noch daß ihm ein dahingehendes Bewußtsein innegewohnt habe.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Berliner Kellnerinnen führen bei ad ihrer äußeren Eleganz ein überaus elendes Leben, das gewöhnlich in völliger Verkommenheit endet. Zunächst ist zu erwähnen, daß sie nur pro Tag oder eigentlich nur pro Minute angestellt sind, d. h. der Inhaber des Schauffolks kann sie ohne jede vorausgängige Kündigung zu jeder Minute entlassen. Dafür hat aber auch die Kellnerin die freie Wahl, ob sie morgen in ihren Dienst zurückkehren will oder nicht. Die Lohnverhältnisse sind geradezu menschenunwürdig; die Kellnerinnen a la minute haben weder auf Kost, noch auf Lohn, noch auf freie Wohnung Anspruch; die Trinkgelder sind ihr einziges Einkommen, aber wenn sie noch so wenig mit Liebenswürdigkeiten gesien, die Trinkgelder reichen zum Leben nicht aus. So muß das arme Geschöpf nach Schluß des Restaurants mit Damenbedienung noch auf die Straße und in das Café, um Herren anzusuchen. Entwürdigung so lange sie im Dienst ist, noch viel schmachvollere Entwürdigung nach dem Dienst — das ist das Loos dieser Armen. — Dabei werden dieselben noch von schwarzen Agenten ganz gewissenlos ausgebeutet. Da die Arbeitslosigkeit jeden Tag eintreten, da die Kellnerin bei ihrer Mittellosigkeit sich nicht lange nach einer neuen Stelle umsehen kann, so fällt sie gewöhnlich einem Agenten in die Klauen. Derselbe ist für sie ganz unentbehrlich und weiß das auch auszunutzen. Nicht nur, daß er für seine Stellenvermittlung mindestens sechs Mark Honorar verlangt, er kommt denn auch noch wöchentlich in das betreffende Lokal, um auf Kosten der Kellnerin zu speisen und zu trinken, er bezahlt keinen Pfennig dafür, und einer dieser Agenten soll sein Handwerk so schandmäßig betreiben, daß er neulich einen Buffettier zur Rede stellte, „warum denn die Kellnerin, die er empfahl, nun schon über 14 Tage da sei.“ Natürlich, wäc die Kellnerin unterdes auf die Straße gesetzt worden, so hätte der brave Agent wieder seine sechs Mark gehabt. Modernes Slavenleben!

Wie groß die Noth unter der Weberbevölkerung am Niederrhein ist, beweist der „Erfelder Bzg.“ zufolge eine Mitteilung, welche der Bürgermeister Baumann in der letzten Stadtratssitzung machte. Auf Grund eines hier verbreiteten Gerüchtes, daß manche Kinder oft hungrig zur Schule gehen müßten, weil die Eltern kein Stück Brot im Hause hätten, waren vom Herrn Bürgermeister in sämtlichen Schulen hienach Ermittlungen angeestellt worden und es hatte sich dabei herausgestellt, daß allerdings in 8 von den vorhandenen 14 Schulen 29 Kinder waren, die an dem betreffenden Morgen, ohne das geringste genossen zu haben, zur Schule gekommen waren! Unter den betreffenden Familien waren, wie weiter mitgeteilt wurde, 22, die bisher gar keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beansprucht hatten, und 3, die nur zeitweise unterstützt worden waren. Die Wohlthätigkeitskommission hatte auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters in Folge dessen den Antrag gestellt, daß der Armenverwaltung eine Summe von vorläufig 4000 Mark überwiesen werde, um solchen bedrängten Familien Lebensmittel zu verschaffen. Das Stadtorordneten-Kollegium schloß sich diesem Antrage an und bestimmte weiterhin, daß auch mit Begehren den Arbeitern Gelegenheit zum Verdienst verschafft werden soll. Alles das ist aber, wie einer der Stadträte bemerkte, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, denn die Arbeitslosigkeit dauert fort, eine Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden und die vielen Hausweber — in Biersen allein ca. 3000 — werden sich nach anderen Beschäftigungen umsehen müssen. — Selbst wenn das Geschäft im Allgemeinen sich wieder heben sollte, so dürfte doch die Hausindustrie gegenüber der großen Zahl mechanischer Webereien in Zukunft nur noch ein kümmerliches Dasein fristen können. — Die Großindustrie erdrückt die Kleingewerbe. Aber auch die Arbeiter in der Großindustrie haben nichts von all den Verbesserungen, die sie anwenden; sie bekommen nichts von der unglaublich gesteigerten Produktion, die sie mit Hilfe der Maschinen erzielen. Letztere können durch ihren Bestand allen Arbeitern ein reichlicheres Einkommen ermöglichen, — und heute ruinieren sie den Handweber, und nützen sie dem Arbeiter nichts, wenn sie ihn nicht auch noch außer Arbeit bringen. Das Elend der niederrheinischen Weber gehört zu jenen traurigen Erscheinungen, welche mit dem Siege der kapitalistischen Großproduktion unzertrennlich verbunden sind. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten sein, mit dem Fortschritt und der Vermehrung der Produktion (durch Maschinen und technische Verbesserungen) auch das Einkommen und das Glück der großen Masse zu vermehren. Heute wächst hiedurch nur deren Entbehrung und Elend.

Unsere Getreidehändler geben sich verzweifelte Mühe, noch vor dem Sperrgesetz, also vor derollerhöhung ihre Boaren hereinzubringen. Welche immensen Gewinne durch Glück in der Spekulation zu machen sind, mag man aus der einen Thatsache entnehmen, daß ein deutsches Handelshaus soviel Getreide von Ostindien unterwegs hat, daß es 75,000 R. Zoll zu zahlen hat, wenn die Ladung nach Inkrafttreten des Sperrgesetzes eintrifft, dagegen 75,000 R. Gewinn, wenn alles klappt. Uebrigens beweist diese Thatsache auch, was es mit dem Getreide auf sich hat, daß der Zoll das Getreide im Großhandel nicht vertheuert. — Wie kapitalistisch großartig der Getreidehandel heute organisiert ist, kann man aus folgenden Angaben über die russische und amerikanische Getreidezufuhr nach Frankreich ersehen. Das mächtige Haus Cyprius in Odessa hat seit den fünfziger Jahren fast den ganzen dortigen Getreidehandel an sich gezogen, und deshalb auch seinen Hauptsitz nach Paris verlegt. Seine Agenten kaufen in Odessa das Getreide auf, verladen es in Odessa. Die Schiffe laufen Malta oder einen der unteritalienischen Häfen an, wo ihnen durch den Draht der Hafen bezeichnert wird, nach dem ihre Ladung bestimmt ist. Cyprius ist durch den Telegraph jeden Tag über die Getreidepreise in allen Häfen Frankreichs, Englands u. s. w. unterrichtet. Wo dieselben am höchsten, sendet er seine Schiffe hin. Er verkauft meist nur in ganzen Schiffsladungen, natürlich an Großhändler. Die Zufuhren aus den Vereinigten Staaten sind hauptsächlich in den Händen der Firma Delisle u. Co. (deutsch) in New-Orleans und fünf oder sechs großen Häfen in New-York. Auch hier geht es ganz ähnlich. Die Schiffe laufen in einem englischen Hafen (Falmouth, Plymouth) an, um dort durch den Draht den Namen des Hafens zu erfahren, in dem sie landen sollen. Agenten oder Assozies der bezeichneten Häuser befinden sich in Antwerpen oder London, um täglich die Getreidepreise der

Hafenstädte zusammenzustellen und die entsprechenden Weisungen an die ankommenden Schiffe zu erteilen. Der nationale Markt steht daher in unmittelbarem Wettbewerb zu denjenigen aller übrigen Länder Europas. Wird durch den Zoll die Einfuhr von Getreide in dem einen oder anderen Lande weniger lohnend, so werden sich die gedachten Weltfirmen beileben, ihre Schiffsladungen nach andern Ländern zu leiten, wo sie mit bestem Gewinn dieselben verlaufen können.

In Amerika wächst der Rothfieber beständig. In den leitenden Industriezentren sind gegenwärtig beschäftigungslos 80 000 Eisenarbeiter, 35 000 Kleidermacher, 20 000 Baumgärtner, 18 000 Schuh- und Stiefelmacher, 13 000 Zigarenmacher, 4700 Glasbläser, 2000 Seidenweber u. s. w. Der größte Prozentsatz der beschäftigungslosen Arbeiter, 40 pCt., befindet sich in Minnesota. Im Staate New-York ist der Prozentatz 18, in Philadelphia 16, in New-Jersey 8, in der Stadt New-York 24, in Philad. 31, in Boston 7 1/2, in Baltimore 3 1/2, und in Detroit 62. Auch sind in vielen Establishments die Arbeitslöhne reduziert worden. — Dabei hört man täglich von neuen Lohnmedifikationen. So berichtet eben die Philadelphia Times aus Pittsburg: Die Firma Carnegie Brothers u. Co., Union-Eisenwerk, hat eine Reduktion von 10—15 pCt. der Löhne ihrer sämtlichen Arbeiter, mit Ausnahme der nach der Amalgamated Association Scala vereinbarten, angeordnet. Der Reduktionsrat trat am 5. Januar in Kraft und wurden ungefähr 300 Mann davon betroffen. Die Isabella-Hochofen-Kompagnie hat ebenfalls eine Reduktion der Löhne um 10 pCt. angeordnet.

Die Tischlerbewegung in Dresden ist überaus lebhaft die Lohnkommission will mit folgenden Forderungen an die Meister herantreten: 1) 10stündige Arbeitszeit mit Ausschluß all und jeder Sonntagsarbeit; Forderung einer Abschlagszahlung bei Akkordarbeiten von mindestens 18 M. pro Woche, bei Lohnarbeiten ist der volle Lohn an jedem Sonnabend auszuführen; 2) Eine Aufbesserung der Löhne in den Werkstätten, wo die Löhne für die daselbst gefertigten Arbeiten so niedrig sind, daß die in Punkt 2 festgesetzte Forderung gewährt werden kann; den prozentualen Aufschlag in den Werkstätten Punkt 3 bestimmen die Kollegen selbst nach Maßgabe der Verhältnisse der Werkstatt und zwar so hoch, daß mindestens bei allen Arbeiten pro Woche 18 M. gewährt werden können. In zweifelhaften Fällen ist die Kommission hinzuzuziehen.

Arbeitermehregelung in Zeit. Wie wir hören, haben die Inhaber der hier bestehenden Garderobegeschäfte dem Fachverein gegenüber insofern Stellung genommen, als sie den Vorständen und Wortführern des Fachvereins der Schneider die Arbeit gekündigt und sich bei 50 Mark Strafe verpflichtet haben, keinen derselben in Arbeit zu nehmen. — Das Kapital ist nicht wählerisch in seiner Kampfweise.

Zuckerkrise in Rußland. Wie man aus Petersburg schreibt, macht die Zuckerindustrie auch in Rußland keine glänzenden Geschäfte. Die Preise, die schon sehr niedrig waren, fallen noch beständig. Es kommt noch hinzu, daß einige größere Zuckerproduzenten und Großhändler ihre Zahlungen eingestellt haben, darunter ein bekanntes Moskauer Haus Teremjew Söhne mit 2 800 000 Rubel Passiva. Die Verfallung ist allgemein, man bestreitet weitere Forderungen nachhafter Firmen. Im Dezember wurden 4,65 Rubel pro Pud gezahlt, jetzt aber finden sich nicht einmal Abnehmer für 4,40.

Wie man mit dem Leben der Arbeiter umgeht. Aus Westfalen. Am 5. Mai v. J. ereignete sich auf der Zeche Hardenberg bei Dortmund ein schwerer Unglücksfall, bei welchem ein Steiger und drei Bergleute ihren Tod fanden. Der Direktor der Grube, Lindenberg, hatte eine Vorrichtung erfunden, durch welche das zur Ausgleitung des Gewichtes des Förderseiles übliche Untersetzwerkzeug sollte. Sie bestand in einer sogenannten Ausgleichskette, welche auf Vorschlag des auf der Zeche angestellten Maschinen-Ingenieurs Boyer durch ein zerlegbares „Patentkettenglied“ und nicht durch Anschweißen mit dem Seile verbunden worden war. Das Kettenglied war ohne vorherige Prüfung verwendet worden, wie Boyer angiebt, weil er des Glaubens gewesen sei, die Berliner Firma, welche es geliefert, habe es einer Probe unterzogen. Lindenberg hat das Glied gar nicht gesehen und sich auch um die Anbringung desselben nicht gekümmert. Beide Herren haben in Gemeinschaft mit dem Betriebsführer Bug am 4. Mai, einem Sonntage, nachdem die Vorrichtung eben angebracht war, Proben veranstaltet und selbst Probefahrten unternommen, und am folgenden Tage ist das Seil zur Beförderung der Belegkette benützt worden, ohne daß die vorgeschriebene Abnahme desselben durch den Revisorbeamten festgefunden hatte. Schon nach kurzer Zeit brach die neue Ausgleichskette und zwar höchst wahrscheinlich, wenn es auch nicht mit voller Sicherheit zu ermitteln war, durch den Bruch des Patentkettengliedes, das Seil fiel mit furchtbarem Wucht auf den Deckel des Förderkorbes, durchschlagend denselben und tödtete die im Korbe befindlichen Leute. Gestern erschienen nun die drei Beamten auf der Anklagebank des Landgerichts zu Dortmund, Boyer und Lindenberg der fahrlässigen Tödtung, Lindenberg außerdem und Bug der Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften angeklagt. Die Aussagen der Sachverständigen widersprechen sich, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, vielfach. Während einzelne dem Direktor Lindenberg gar keine Schuld beimahen, sagte der Geh. Berg-rath Kunge aus, wenn Lindenberg nicht als Direktor schuldig sein möge, so sei er als Erfinder und Patentinhaber verpflichtet gewesen, sich um die Festigkeit des Patentkettengliedes zu kümmern; dieses eigne sich wohl zur Verbindung von Einsiedigungen an Bromnaden, aber nicht für den Zweck, für welchen es verwendet worden. Berg-rath Schollmeyer hat durch Berichtsproben konstatiert, daß die sogenannten Patentglieder schon bei 4500—4800 Kilogramm Belastung rissen, während geschweifte Glieder noch bei einer Belastung von 10 000 Kilogr. nicht nachgeben. Ein Kollege des Herrn Lindenberg meinte, diesen treffe durchaus keine Schuld, da derselbe als Direktor zweier großer Zechen so viel zu thun habe, daß er sich nicht um eine so untergeordnete Arbeit bekümmern könne. Die Staatsanwaltschaft hielt an der Anklage fest und beantragte gegen Boyer drei Monate, gegen Lindenberg einen Monat Gefängnis wegen fahrlässiger Tödtung, das Gericht sprach letzteren aber von dieser Anklage frei und verurteilte nur Boyer zu einer Woche Gefängnis, dann aber wegen Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften Lindenberg zu 150 und Bug zu 50 Mark Geldbuße. In den Urtheilsgründen sprach der Gerichtshof die Ansicht aus, daß die meisten Unglücksfälle im Bergbau durch Umgehung der bergpolizeilichen Vorschriften eintreten, und daß es deshalb den Direktoren Lindenberg mit dem höchsten zulässigen Strafmaße belegt habe.

Vereine und Versammlungen.

In der Werkstattdelegirten-Versammlung der Schlosser, welche am Montag, Neue Grünstraße 32, unter dem Vorsitz des Herrn Goebel stattfand, wurde eine neue von der Lohnkommission ausgearbeitete Geschäftsordnung für die Lohnkommission und die Delegirten vorgelegt und nach Ablehnung zweier Amendements unanändert angenommen. Es wurde dann zum Ertrag für ein Mitglied der Lohnkommission, welches sein Amt niedergelegt hat, Herr Landrock gewählt. In Betreff der noch zu wählenden zwei Beisitzerinnen wurde die Verhandlung beschlossen. Die dann folgende Besprechung der nächsten Generalversammlung füllte den übrigen Teil des Abends aus. Nach sehr

langen Debatten kamen die Beschlüsse zu Stande, daß die Generalversammlung am nächsten Montag in einem von der Kommission zu bestimmenden großen Lokale im Norden von Berlin im Osten der Stadt stattfinden, daß ein Referat über die Frage: „Welche Vorteile bringt uns die Lohnbewegung?“ als erster Punkt, die Diskussion darüber als zweiter Punkt auf die Tagesordnung stehen, und daß das Referat von Herrn Böckl oder, wenn dieser verhindert sein sollte, von Herrn M. Kreuz erstattet werden soll. Die Frage, ob auf der nächsten Generalversammlung schon die unbefriedigenden Lohnverhältnisse und Zustände in gewissen öffentlichen und privaten Werkstätten zur Sprache gebracht werden können, wurde von dem Leiter der Lohnbewegung, Herrn Niehe, verneint. In zwei Werkstätten sei ArbeitsEinstellung eingetretet, die betreffenden Kollegen seien aber bis jetzt noch nicht mit der Forderung oder auch nur mit einer Anzeige an die Lohnkommission herantreten.

Im Verein der Berliner Metallarbeiter, der am Montag, den 16. d., seine regelmäßige Versammlung im einsolale, Kommandantenstraße 71/72, bei Nieft unter Vorsitz des Herrn Kojahn abhielt, handelte es sich zunächst um das Verhalten des Vereins zur Zentralisation. Der Referent, Herr Stadtvord. J. Böckl sprach sich entschieden für den Beschluß an die allgemeine Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands aus: Wie der Einzelne machtlos sei, könne nur eine lokale Organisation nur geringes leisten, sei ohne den Zutug der Arbeiter aus den kleinen Städten nach Berlin zu hindern, der den Lohn drücke und Niederlagen bei Lohnkämpfen herbeiführe. Die ganze neuere, sozialpolitische Bewegung lehne sich an Berufsvereinigungen an und dem gegenüber sei eine Wahrung der Interessen der Arbeiter nur in einer allgemeinen Vereinigung durch den Druck großer Massen zu erreichen. Bei Strikes könnte nach englischem Vorbild durch engstes Kartell zwischen den einzelnen Gewerkschaften der aller für die im Kampfe stehende Organisation zusammengefaßt werden. Durch selbstständige Regelung des Verbernehmens durch Errichtung oder Subventionierung von Schulen und Bibliotheken und durch die Errichtung eines Arbeitsnachweises büreau würde die Zentralisation positiv und reformatorisch wirken und wenn nicht die Gegenwart, so würde jedenfalls die Zukunft so große Verbände sehen. — Die Versammlung, vom besten Geiste beseelt war, nahm hierauf debattiert und einstimmig folgende Resolution an: Die allgemeine Mitgliederversammlung der Metallarbeiter Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, beschließt den jetzt bestehenden Verein aufzulösen und sich der allgemeinen Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands anzuschließen und spricht sich für vollständige Zentralisation aus. — In der nächsten Versammlung wird beauftragen werden, ob die Auflösung des Vereins augenblicklich erfolgen soll, oder ob dieser Entschluß von einer einzuberufenden Generalversammlung auszusprechen ist. — Im ferneren Verlauf der Sitzung wurden dem Verein einstimmig 8 M. als Entschädigung für seine Räuberthat bewilligt und schließlich ebenfalls einstimmig beschlossen, die Mitglieder, die Herren Klemperer Meusel und Schönefeld, die gegen die Interessen des Vereins gehandelt haben, statutenmäßig auszuschließen.

Im Fachverein der Schmiede, welcher am Montag, den 16. d. M., Abends in Statwells Bierhallen unter dem Vorsitz des Herrn Raths versammelt war, referierte Herr Tobbe über die alle Kreise der Metallarbeiter jetzt so lebhaft bewegende Frage der Zentralisation und sprach sich entschieden für unbedingten Anschluß aus. Seinen Gedanken verlich die folgende Resolution Ausdruck: „In Ermägung der fortgeschrittenen Nothlage, in welcher sich die Metallarbeiter Berlins und ganz Deutschlands befinden, in fernere Ermägung, daß eine dauernde Aufbesserung der Lage der Metallarbeiter nur durch eine zielbewusste, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintretende Organisation erreicht werden kann, ferner, daß bei den heutigen Produktionsverhältnissen und sozialen Verhältnissen von Berlin die Nothwendigkeit der Zentralisation der Aufbesserung der Lebensstellung der Metallarbeiter vorliegt, verpflichten sich die Versammelten, nach dem besten Willen für eine Organisation ev. Zentralisation einzutreten und dahin zu wirken, daß unter Beachtung aller bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine Verbindung sämtlicher deutschen Metallarbeiter ins Leben gerufen werde. — Hierüber erwiderte sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Herren Baumgarten, Fellenberg, Drewig, Raths und der Referent beteiligten, die meisten Redner erklärten sich gegen Zentralisation, da das Solidaritätsgefühl im Schmiedegewerbe im allgemeinen noch nicht geweckt sei, wie der alte Spruch zwischen den sog. Meistergesellen und Fabrikgesellen, noch immer nicht verschwunden sei, beweise, und da außerdem die Gefahr sehr nahe liegt, daß eine zentralistische Vereinigung polizeilich aufgelöst werde. In diesem Sinne lehnte die Versammlung die oben mitgetheilte Resolution ab und nahm die von Herrn Drewig gestellte Motion an: Der Referent erklärt sich im Prinzip mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, hält aber den Anschluß zur Zeit für nicht erwünscht. — Erwähnt sei noch, daß die Versammlung den folgenden Kollegen bei Joseph 50 M. Unterstützung bewilligte.

Termisches.

Der letzte Brief Reinsdorf's. Die Leipz. Ger. Zeitschrift schreibt: „Wir sind in der Lage, den letzten Brief Reinsdorf's seinem Wortlaut nach wiederzugeben, den derselbe am Tage vor der Hinrichtung an seinen in Leipzig lebenden Bruder richtete. Der Brief ist auf einem seitens der Anklage beschlagnahmten Briefbogen mit fester, schöner Handschrift geschrieben und trägt den amtlichen Vermerk der Einlieferung desselben. Er lautet: „Halle, den 6. Februar 1885. Mein lieber Bruder! Es ist dies mein letzter Brief, doch sollst Du nicht trauern, denn als ich heute Vormittag durch den ersten Staatsanwalt von Halle die Eröffnung bekam, daß morgen früh um 8 Uhr alle meine Leiden beendet würden, war es das Gefühl der Erleichterung, das mich ergriff. Ich war die letzte Zeit so leidend, und wenn ich an eine eventuelle Begnadigung dachte, so wünschte ich mir den Tod. Denke Dir, wenn ich hätte ein Zuchthaus leben müssen, ohne geistige Beschäftigung und Bewegung, Tag für Tag wie eine gedankenlose Maschine, die langweilige und geisttödtende Arbeit des Kollapsens verrichtet, wie schrecklich würde ich mir die Ruhe des Grabes gewünscht haben — und Du wirst begreifen, daß die getroffene Entscheidung für mich die Beste ist. Wenn Du also diesen Brief empfängst, so denke, daß mir dann wohl ist und daß nur die für mich günstigen Momente zusammengewirkt haben, zu meinem Glück den letzten natürlichen Gang zu beschleunigen. Und nun, mein lieber Bruder, denke stets daran, daß es Deine Pflicht ist, lange die Eltern leben und Du noch junge Geschwister hast. Dich ihrer annehmen und Vater und Mutter auf ihre letzten Tage hässig zu unterstützen. Unterbrüche einseitigen Wunsch nach Lieblingsideen und denke, daß Du ja damit einen Wunsch meiner und auch einen Theil meiner Pflichten mit erfüllst, wenn wird es Dir leicht werden. Betrachte das Leben nicht als den ersten Schritt, so, als ob es Dir nur geschenkt sei, sondern damit der Menschheit zu nützen und heilige Verpflichtungen einzulösen. Betheilige Dich so wenig als möglich an den blühenden Vergnügungen, wie sie leider bei den Gedankenarmen Arbeitern noch Sitte sind, sondern bilde Deinen Geist in allen Richtungen, damit Dir nichts fremd sei und Dir der Klugheit kein X für ein U machen kann. Daß ich meine Leberzeugungen bis zum letzten Augenblicke treu behalte, ist selbstverständlich. Ich umarme Dich und Franz hundertmal und grüße Euch von Herzen tausendmal. Euer August.“

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 41.

Mittwoch, den 18. Februar 1885.

II. Jahrgang.

Der wirthschaftlichen Lage Deutschlands.*)

Es ist eine merkwürdige Zeit, in der man bestrebt ist, auf allen Seiten die drückende Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und in der man wiederum diese drückende Lage leugnet.

Die Organe des herrschenden Regiments erzählen uns, daß seit dem Jahre 1879, seitdem in Deutschland eine neue Steuer- und Wirtschaftspolitik eingeführt worden ist, die Lage der Gesamtindustrie und selbstverständlich auch die Lage der Arbeiter sich wesentlich gebessert hätte.

Und eben dieselben Organe erzählen uns von den Verbesserungen, die allerorts, besonders aber seitens der Reichsregierung gepflogen würden, um die schlechte Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern.

Das sind allerdings Widersprüche, die man aber keineswegs tragisch auffassen darf. Die herrschenden Mächte und Parteien nämlich legen sich die wirthschaftliche Lage unseres Vaterlandes immer so zu recht, wie sie dieselbe gerade zu ihren Sonderzwecken gebrauchen können.

Aber aus diesen Widersprüchen geht schon hervor, daß die Lage der Arbeiter in Deutschland keineswegs eine günstige ist. Blicken wir uns nur ein wenig um im Vaterlande, so werden wir dies finden, auch ohne theoretische Betrachtungen und Beweisführungen.

In der Tabakbranche steht es seit Jahren schon schlimm aus, und immer neue Bestrafungen wegen geplänkter Steuererhöhungen üben auf die Tabakindustrie noch obendrein einen lähmenden Einfluß. Wenn man auf die 70er Jahre zurückblickt und die damaligen relativ guten Löhne in Betracht zieht, die eine größere Anzahl der jetzt noch fungirenden Fabrikarbeiter erhalten haben, so fühlt man erst recht die große schlechte Zeit.

Die Textil-Industrie, die Spielwaaren-Industrie im Königreich Sachsen, in Thüringen und Franken liegen gleichfalls schwer darnieder, so daß die Arbeiter dort kaum des Lebens Nothdurft erringen können; schlimmer noch sieht es in Schlessen aus.

Auch in der Eisenindustrie, die einen kurzen Aufschwung vor zwei Jahren genommen hat, ist seit einiger Zeit wieder ein Umschwung zum Schlimmern eingetreten. Das geht aber so, wenn eine sogenannte gute Konjunktur planlos und schicksallos ausgebeutet wird. Die Fabrikanten wetzeln dann einander in rastloser Produktion, Ueberstunden häufen sich auf Ueberstunden, Sonntags und Nachts wird fortwährend gearbeitet und ehe sich's die Herren versehen, ist die Ueberproduktion vorhanden, der bald schon Krisis und Arbeitslosigkeit folgen. So auch in der Eisenproduktion.

Das eigentliche Handwerk aber ist am Uebelsten daran. Entweder können die kleineren Meister mit der Großfabrikation nicht konkurriren und müssen sich selbst in den Dienst derselben gegen geringen Lohn stellen, wie dies bei Schneidern und Schuhmachern zum Theil der Fall ist, oder aber sie können der Großfabrikation noch Widerstand leisten, dann fehlt ihnen aber durch den Abzug, weil die Masse des Volkes so schlecht geworden ist, doch nicht genügend gekauft werden kann.

Die Bauarbeiter aber erhalten trotz ihrer ungemein anstrengenden und aufreibenden Arbeit, die sich dabei noch auf Monate im Jahr konzentriert, nur einen Lohn, der eben gerade die gebrauchte Körperkraft zu ersetzen. Auch ihnen bleibt nichts übrig, um des Lebens Freude zu genießen oder durch außergewöhnliche Ausgaben Industrie und Handwerk mit beben zu helfen.

Die Tischler sind fast überall unzufrieden mit ihrer Lage und geben wiederum schweren Lohnkämpfen entgegen. In Dresden rüsten sie sich schon zu hartnäckigem Streik.

Und ganz ebenso wie den genannten Gewerken ergreift die Noth — überall sieht man Noth, nirgends Zufriedenheit. Betrachtet man nun noch die Lage der ländlichen Arbeiter und der Tagelöhner, so tritt uns da noch ein tröstliches Bild entgegen. Die bezüglich der Einführung des neuen Krankenlößengesetzes stattgefundenen Lohnhebungen haben vielfach zu den traurigsten Resultaten geführt.

So erhalten im Durchschnitt die erwachsenen männlichen Arbeiter in Schlessen ohne anderweitige Vergütungen eine Carl's tägliche Lohn, die weiblichen Arbeiter sechszig Pfennige. Im ganzen deutschen Reich aber wird der Durchschnittslohn der erwachsenen männlichen Arbeiter, die schwere Arbeit mit Hade und Schippe verrichten müssen, 1 Mark 30 Pf. bis 1 Mark 40 Pf. betragen. Diese Summe kann ein kräftiger Mann allein für Essen und Trinken ausgeben, ohne daß man sagen könnte, er habe zu flott gelebt.

Wo soll aber dabei noch das Geld zu Wohnung, Kleidung, Erziehung der Kinder u. s. w. herkommen? Und je weniger der Arbeiter für Kleidung ausgeben kann, desto schlechter ist um die Textildbranche bestellt, und ebenso steht es mit den Schuhen aus, welche nicht genügend erneuert werden können. Darunter leiden Schuhmacher und Lederindustrie gleichmäßig. Vor allem aber leidet die Zigarrenfabrikation unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse. Wenn das Haus auch Bedürfnis geworden ist, so muß es doch bei den vielen andern notwendigen Bedürfnissen manchmal nachlassen. Ist aber der Lohn in den andern Industrien ein auskömmlicher, ist die allgemeine wirthschaftliche Lage eine relativ gute, so raucht auch der Arbeiter und kleine Mann sich eine Zigarre mehr und das gäbe jährlich ungefähr 3650 Millionen! Da könnte mancher arbeitslose Zigarrenmacher beschäftigt werden und der Lohn auch der Zigarrenarbeiter würde erheblich steigen.

So hängt ein Gewerbe innig mit dem andern zusammen, so ist der Sieg irgend einer Arbeiterkategorie der Sieg sämtlicher Arbeiter, so ist die Solidarität aller Arbeiter vorhanden, die auch begehrt und gepflegt werden muß.

Denn können die Interessen der einzelnen Arbeiterbranchen hauptsächlich in den betreffenden Fach- und Unterstützungsvereinen vertreten werden, auch soll jede Gewerkschaft in erster Linie für sich sorgen, doch soll man niemals dabei aus dem Auge lassen, daß eine Besserung der Zustände nur durch ein gemeinsames Zusammenhalten aller Arbeiter und auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen kann.

*) Aus dem „Gewerkschaftler“, Wochenchrift für Handwerker, Gesellen, Schülern und andere Arbeiter. Vereinsorgan von G. Ziehe, Lepienstraße 12.

Steuern gleich vertheilt und nicht willkürlich werden, macht man Kataster, welche genau klassifizirt die Abgaben nach Vermögensverhältnissen der Einzelnen vertheilen. Dies ist so notwendig, daß es ein unvermeidlicher Fehler im Finanzsystem sein würde, wenn die schlechte Vertheilung der Lasten dem Landmann seine Arbeit verleiden würde; es muß dieser vielmehr nach Entrichtung der Gebühren mit seiner Familie noch in einem gewissen Wohlstand leben können. Weit entfernt, die Pflanzgüter des Staats zu unterdrücken, muß man sie ermuntern, ihre Acker gut zu bestellen; denn in dem Landbau besteht der Reichtum des Landes. Der Erdboden liefert die nothwendigsten Lebensmittel, und die, welche ihn bearbeiten, sind, wie ich schon sagte, die eigentlichen Pflanzgüter der Gesellschaft. — Man wird mir einwenden, Holland besitze, ohne daß seine Felder den hundertsten Theil von dem einbringen, was es verbraucht. Ich erwidere hierauf, daß dies ein kleiner Staat ist, in welchem der Handel der Ackerbau ersetzt. Je größer aber ein Reich ist, um so notwendiger ist es, zur Pflege des Landbaues zu ermuntern. — In dieser Denkschrift ist freilich nur von dem Landmann und davon die Rede, daß diesem keine unerschwingliche Steuerquote aufzulegen sei. Wie aber daraus eine Schlussfolgerung auf die Nothwendigkeit der Erhöhung der Zölle gezogen werden kann, das ist wohl nur den Männern der „Nordd. Allg.“ verständlich. Zu jener Zeit lag die Industrie noch in Windeln und die Landwirtschaft konnte in der That der Hauptsache nach in Betracht kommen. Aber heute? Arbeitslose auf dem Lande, Arbeitslose in den Städten, Zentralisirung des Grundbesitzes, Zentralisirung des mobilen Kapitals! Glaubi denn die freiwillig-gouvernementale „Nordd. Allg.“, daß die Recepte von vor Jahrhunderten heute noch im Stande sind, die sich erst inzwischen herausgebildeten Mißstände zu beseitigen?

Die Nothricht, daß die Russen gegen Herat marschiren, hat sich als ein schlaues Börsenmanöver erwiesen. Trotzdem die Unrichtigkeit glaubwürdig konstatiert ist, hat aber die Erregung an der Börse noch nicht aufgehört. An der Berliner Börse lüftete heute nachstehende Depesche: London, 17. Februar. Der heutige Leitartikel der „Times“ diktiert die Möglichkeit eines Vordrängens der Russen gegen Herat und bezeichnet diese Angelegenheit als eine sehr ernste Frage. Die russischerseits verlaublichen Vorschläge für eine abgeänderte Grenze seien eine Imperpetuum, da solche den Russen sowohl Herat als den Weg nach Indien öffnen würden. Die „Times“ meint, England könne unter keinen Umständen nachgeben, und würde jede Abweichung seitens Russlands vom früheren Vertrage als einen casus belli betrachten. England sei trotz der Wirren im Sudan noch immer stark genug, um seine Rechte zu wahren. Die „Voss. Zig.“ bemerkt dazu: „Mit der Erregung, die diese Depesche an der Börse gerührt hat, wird das Strohfeuer des „Times“ Artikels seine Schuldigkeit gethan haben. Der Artikel ist eines der Symptome der Situation im Osten, wie sie dieser Tage und sonst schon oft zwischen Rußland und England hervorgerufen sind; eine positive Bedeutung legen wir ihm bis auf Weiteres nicht bei.“

Frankreich.
Die Vorgänge in Paris beim Begräbnis Vallés werden lebhaft in den Pariser Blättern erörtert. Der „Voss. Zig.“ wird telegraphirt: „Die geprügelten Studenten sind unzufrieden. Sie veröffentlichen einen Protest, worin sie zunächst die Klage behaupten, man habe bei Vallés Leichenbegängniß „Es lebe Preußen!“ gerufen, und dann erklären, daß sie sich energisch gegen eine deutsche Kundgebung verwarren, die ihren Patriotismus tief verletzen müsse. Die tabulalen Blätter belehren die Patrioten, daß die deutschen Sozialisten Feinde Bismarcks seien und stets gegen Eisach-Lothringens Eroberung protestirt hätten. Die Regierungsblätter stellen jetzt schon die Sache so dar, als hätten deutsche Arbeiter die Studenten mißhandelt, und sprechen von deutschen Provokationen. „Republique française“ ruft: „Die so patriotische Pariser Bevölkerung gestattet nicht, daß man sie im eigenen Hause herausfordert. Wenn die deutschen Sozialisten um jeden Preis marischiren wollen, so sollen sie es in den Straßen Berlins thun.“

„XIX. Siecle“ spricht von einer deutschen Fahne, die im Leichenzug getragen worden sei, und sagt: „Das Publikum hatte eine Empfindung, die sich nicht wiedergeben läßt, als es die Standarte sah, welche den Sarg eines französischen Bürgers verumglimpft.“ „Paris“ hält den Deutschen die großmüthige französische Gastfreundschaft vor und erklärt, es werde niemals ausgeben, daß Deutsche hier revolutionäre Kundgebungen ausführten, Erneuten anstiften u. s. w.“

Großbritannien.
In London fand am Montag auf dem Themsequal eine Massenversammlung Arbeitsloser statt; man beschloß, eine Deputation zu dem Präsidenten des Lokalverwaltungsamtes Dilke zu entsenden. Die Deputation sollte Abhilfe der Noth durch Verwendung der Arbeitslosen bei Staatsbauten verlangen. Während die Deputation mit dem Vertreter Dilke's, welcher letztere dem Cabinetstisch beizubehalten, verhandelte, wurden seitens der zusammengeströmten Menge, die zum Theil aus Angehörigen der untersten Volksklassen bestand, schlimme Ausschreitungen verübt. Schließlich wurde die Volksmenge durch das energische Einschreiten der Polizei zerstreut, wobei beiderseits Verwundungen vorliefen.

Parlamentarisches.
— In der Reichstags-Kommission zur Vorbereitung der Holzpölscherhebung ist die deutsch-freisinnige Partei durch die Abgg. Ricker, Dirckel und Stiller, die Volkspartei durch Kroeber vertreten; die Deutschkonserativen durch Fehr v. Ravensburg, Graf v. Stolberg-Bernigrode, v. Grawapfel; die Reichspartei durch v. Carlomag und Staelin; die Nationalliberalen durch Haupt, Holzmann, Klumpp; das Centrum durch Graf Adelmann, Spahn, Hof, v. Schalsch, Dieden, v. Wendt, Raubach; die Sozialdemokraten durch v. Vollmar, Hafenclever. — In die Kommission für die übrigen Positionen der Zolltarifnovelle haben die Deutschfreisinnigen die Abgg. Voeme, Meyer (Halle), Dr. Witte, Broemel und Buddeberg; die Nationalliberalen Feussel, Dechselhauer, Benzig; die Deutschkonserativen Uhden, Dr. Frege, Dr. Gerlich; die Reichspartei Lohren, Cripprin, zu Hopfenlohe-Dehringen, v. Aulmig; das Centrum Velochs, Trimbom, Fehr, v. Landsberg-Steinfurt, Gielen, Biel, Kade und die Sozialdemokraten Singer delegirt.

— Die Subkommission der Börsensteuer-Kommission hat den Entwurf eines Börsensteuergesetzes fertiggestellt; derselbe wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche der Kommission zur Betathung zugehen.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorbereitung der Postdampfervorlage wird heute zur Feststellung des von dem Abgeordneten Broemel erstatteten Berichts zusammengetreten.

— Die Unfallkommission des Reichstags hat am

Montag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betr. die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Transportgewerbe, mit geringen Abänderungen nach den Beschlüssen der ersten Lesung definitiv angenommen, und den Abgeordneten Dr. Buhl mit der Ausfertigung des schriftlichen Berichts beauftragt.

— Aus der gestrigen Sitzung der Petitionskommission ist folgendes hervorzuheben: § 369 des Strafgesetzbuchs bedroht die Schloffer mit Strafe, welche an Unbefugte Schlüssel u. verlaufen. Die Innungen zu Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, wünschenswerthe Abänderung dieser Bestimmung unter Hinweis darauf, daß die Nichtgeltung dieser Strafvorschrift für Händler ihnen großen Nachtheil bringe. Man beschloß, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnignahme zu überweisen. Abg. Dr. Dehndlin wird schriftlichen Bericht erstatten. — Aus Dresden ist eine Petition eingegangen, daß auch das Gewerbe der Gold- und Metallschläger den im § 16 der Gewerbeordnung aufgeführten konzeptionspflichtigen Betrieben zugezählt werden möge. Das Bedenken, daß, wenn alle die Nachbarschaft unter Umständen störenden Gewerbe der Konzeptionspflicht unterstellt und eventuell aus den Städten vertrieben werden sollten, der Gewerbebetrieb schwer beeinträchtigt werden würde, veranlaßt den Beschluß, die Petition für ungeeignet zur Plenarberatung zu erklären.

— Die Arbeiterschulungskommission hat in ihrer gestrigen (13.) Sitzung den Abg. II. des ersten Paragraphen durchberathen. Es wurde dem § 105a Abs. II der Gewerbeordnung unter Widerspruch der Linken folgende Fassung gegeben: In Verkaufsstellen aller Art dürfen Handlungsgesellen und Lehrlinge im Ganzen und zu gleicher Zeit an Sonn- und Festtagen nur fünf Stunden beschäftigt werden.

— In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Postsparkassengesetzes wurden die Anträge v. Mantuffel-Franke, ebenso wie § 1 der Regierungsvorlage, trotz lebhaften Eintretens der Regierungsbereiter unter Führung des Staatssekretärs Dr. Strehlan, abgelehnt, dagegen die Resolution Schenk: „Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher durch Mitwirkung der Postverwaltungen bei Annahme, Unterbringung und Rückzahlung von Spargeldern die Vermehrung und Verbesserung der Spargelegenheiten und deren Verbreitung über das Reichsgebiet bewirkt“, mit erheblicher Mehrheit angenommen. Der Gesetzentwurf ist hiermit im Ganzen abgelehnt.

Parlamentsberichte.
Deutscher Reichstag.
51. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Buitkammer, v. Scholz, v. Dürck, später Fürst Bismarck.

Das Haus tritt in die erste und eventuell zweite Berathung des Abg. v. Kardorff beantragten Sperrgesetzes ein, das die in zweiter Lesung im Plenum beschlossenen und noch zu beschließenden erhöhten Zölle von Getreide u. s. w., Mühlenfabrikaten und Schaumwein sofort in Kraft setzt.

Abg. v. D. w.: Darüber herrscht Einigkeit, daß man der Sperrung nicht noch weiteren Spielraum gewähren darf. Doch sollte die Sperrung der Rohprodukte die Folge haben, daß auch die Halb- und Ganzfabrikate gesperrt werden, und werden wir einen darauf bezüglichen Antrag in der zweiten Lesung einbringen. Die Sperrung für Raps und Rübsaat hat auch für die Fabrikate aus diesen Produkten Wirkung.

Abg. Struermann: Auch die Gegner der Zollhehungen können dem Sperrgesetz zustimmen, wenigstens werden das die Nationalliberalen einstimmig thun, um ungesunden Spekulationen in der Zwischenzeit zwischen jetzt und den definitiven Beschlüssen vorzubeugen. Um so mehr werden die verbündeten Regierungen unbedingte Hatten auszusprechen bemüht sein da, wo der neue Zolltarif in wohlverdiente Rechte eingreifen würde. Noch unter dem alten Tarif sind zahlreiche Kaufgeschäfte über Getreide, Getreide u. s. w. abgeschlossen worden, auf welche hin Lieferungs- geschäfte von Fabrikanten eingegangen sind und zwar gerade von den solidesten Leuten im guten Glauben an den Bestand des alten Tarifs. Nach der Ansicht des Redners würde gegen diese schwere Schädigung eine Bestimmung schlagen, die in das Hauptgesetz, nicht in das Sperrgesetz, aufzunehmen sein würde, weil die Hatten sich aus beiden ergeben würden. Die Sache liegt jetzt anders als 1879, wo der neue Zolltarif Monate lang dem Hause vorlag, und jeder sich gegen seine Folgen sichern konnte; sie liegt heute, wie sie 1881 lag, daher ein Antrag im Sinne des angekündigten von der Regierung gewiß mit dem Wohlwollen, wie sie es damals bewies, betrachtet werden wird.

Finanzminister v. Scholz: Ich habe mich sehr gefreut, zu hören, daß auch der Boirechner und seine Freunde dem Sperrgesetz zustimmen werden. Um so mehr bedauere ich, seinen übrigen Ausführungen nicht zustimmen zu können. Sein Antrag ist zwar nicht zum Sperrgesetz, sondern zum Zolltarifgesetz gestellt, ein ähnlicher ist aber auch für das erstere zu erwarten. Gegen diese Anträge spreche ich mich aus. Die Methode für ein solches Sperrgesetz ist mit den Parteien 1879 präjudizell gewissermaßen festgestellt. Es wurde damals als ein Muster von allen Seiten angenommen, um Säug gegen übermäßige Einfuhr in der Zwischenzeit zu gewinnen. Die Vorlage entspricht jenem Muster. Von Interesse wird es für das Haus sein, ziffermäßig einigermassen zu übersehen, um was es sich bei diesem Sperrgesetz handelt. Ich habe aus den letzten drei Jahren die Durchschnittsziffern der Einfuhr der betreffenden Artikel für die Monate Februar, März, April und Mai berechnen lassen, und danach ergibt sich, wenn man beim Februar nur noch $\frac{1}{3}$ des Monats annimmt, die übrigen Monate aber voll rechnet, eine Differenz für den Februar, wenn nicht gesperrt wird, von 630 000 M., für den März von 2 078 000 M., für den April von 1 942 000 M. und für den Mai von 2 388 000 M., im Ganzen rund 7 Millionen Mark. (Hört, hört! rechts.) Nun, meine Herren, ist damit aber bloß diejenige übermäßige Differenz der Einnahmen angegeben, welche berechnet wird nach dem regelmäßigen Durchschnittseingang der Waaren, bei welcher also noch nicht darauf Rücksicht genommen wird, daß, was ja naturgemäß der Fall sein würde, beim Ausbleiben eines Sperrgesetzes die Spekulation für weit größere Einfuhren Sorge tragen, und danach das Resultat ist noch ganz anders gehalten würde. Ich bin natürlich nicht in der Lage, entsprechend der eben vorgetragenen etwa eine Berechnung dessen aufzustellen, was voraussichtlich, wenn wir jetzt nicht das Sperrgesetz machen sollten, die wirkliche Einfuhr der nächsten Monate und also der wirkliche Zollverlust sein würde. Aber die Einfuhr, die wir in dieser Beziehung 1879

gemacht haben, meine Herren, ist sehr reichlich; und ich darf mir da wohl erlauben, ein paar Hauptzahlen daraus mitzutheilen. Ich muß in dieser Beziehung vergleichen das Jahr 1879 nicht mit dem unmittelbar vorausgegangenen Jahre 1878, weil, wie die Herren sich erinnern werden, dies auch schon unter gewissen Unregelmäßigkeiten des Einganges ist, sondern mit dem letzten vorausgegangenen regelmäßigen Jahr 1877. Es stellte sich im April 1877 die Einfuhrmenge der Tabakblätter in Doppelpennern auf 31 390, im Jahre 1879 dagegen auf 50 624, und die entgangene Zollerhöhung berechnet sich bei Zugrundelegung der Einfuhr von 1877, also nach regelmäßigem Eingange auf 1 914 790, im Jahre 1879 aber zu 3 088 064. In ähnlicher Weise ist das Verhältnis wie für den Monat April so auch für Mai und Juni, und wie für bearbeitete Tabakblätter so auch für Bigaretten, Wein in Flaschen, Wein in Fässern und rohen Kaffee ermittelt worden. Bei diesen fünf Artikeln stellt sich nun heraus, daß im Monat April 1879, wenn die regelmäßige Einfuhr stattgefunden hätte wie im Jahre 1877, die entgangene Zollerhöhung 3 082 416 M betragen hätte, daß sie aber thatsächlich schon 4 866 678 M betragen hat. Für den Monat Mai 1879 dagegen stellt sich bei diesen fünf Artikeln das Verhältnis so, daß während bei der regelmäßigen Einfuhr von den Zollerhöhungen 3,606,129 M eingegangen wären, in Wahrheit bei nahe viermal so viel, nämlich 13,335,589 M entgangen sind. (Hört! Hört!) Im Monat Juni 1879 verhält es sich dann wieder ungefähr so, wie es im April gewesen ist. Meine Herren, nun ist, glaube ich, ja in dem hohen Hause selbst große Geneigtheit vorhanden — und ich hoffe sie durch diese Zahlen noch vermehrt zu haben — auf die Sperrgesetze einzugehen, aber hier und da wohl auch für eine Amendment derselben im Sinne des Herrn Vorredners, darum möchte ich noch hervorheben, daß es den Effekt des Sperrgesetzes in unberechenbarer Weise schädigen würde, wenn wir dazu übergingen, ihm einen solchen Paragraphen anzuhängen. Denn, meine Herren, die Verträge, die vorher schon geschlossen sind und welche eont. die Zulassung der Eingänge zu dem alten Zollsaße begründen sollen, sind ganz unübersehbar und kaum kontrollirbar. Ich glaube, es war am 8. Januar, wo der Herr Reichskanzler schon Gelegenheit nahm, hier im hohen Hause von der Vorlage zu sprechen, aber die Erwartung des Handelsstandes, der Beteiligten, ist schon viel früher auf diesen Gegenstand gerichtet gewesen. An den Getreidebörsen Deutschlands wird die Möglichkeit einer baldigen Erhöhung der Getreidezölle nicht nur diskutiert, sondern man fängt bereits an, sich vorsichtig für diese Eventualität einzurichten. Dadurch werden aber auch andere Geschäftszweige in Mitleidenschaft gezogen. Viele Berliner Bäcker sind z. B. gezwungen, ihren Bedarf an Mehl regelmäßig durch Kauf auf Lieferung an der Berliner Produktenbörse einen Monat vorher zu decken; sie gewinnen damit eine Sicherheit gegen schnelle Preisschwankungen, welche denjenigen recht hart treffen können, dem es zu dieser Vorsichtsmaßregel an Gelegenheit oder Umrüstung fehlt. In den letzten Tagen ist nun bereits den Berliner Bäckern bei Abschlüssen auf fremdes Mehl, z. B. ungarisches, die Bedingung auferlegt worden, daß sie bei Einführung eines höheren Mehlsolles jedenfalls die Differenz gegen den bestehenden Zoll auf sich zu nehmen hätten. Ich glaube, diese Mittelheilung beweist, wie wenig es sich jetzt um etwas Pflöchliches oder Unerwartetes handelt. Für ganz ausnahmsweise gelegene Fälle aber, wo nach der allgemeinen Meinung eine Nachsicht nicht bloß billig, sondern nothwendig sein würde, hat der Bundesrath das Mittel in der Hand, Nachsicht zu üben, und ich glaube, das wird auch den weitgehendsten Forderungen genügen. Ich bitte deshalb, den Entwurf so wie er ist zu lassen und nicht mit einem solchen Paragraphen zu belasten, womit ich mich aber nicht etwa dagegen ausgesprochen haben möchte, daß eine Ergänzung desselben in dem Sinne, wie der erste Herr Redner, der Herr Freiherr v. D. w., es befürwortete, eintrete.

Abgeordneter Klemm bleibt, obwohl er von der Tribüne spricht, selbst für Mitglieder des Hauses unverständlich.

Abg. Richter: Ich habe von den Ausführungen des Vorredners so wenig wie von denen der Herren vom Bundesrath, die ein schwaches Organ haben, auf meinem Plage verstanden. Der vorliegende Gesetzentwurf hat mit der Frage, ob Freihandel oder Schutz Zoll, gar nichts zu thun, und man kann über ihn ganz unabhängig von jener Frage entscheiden. Meine Freunde werden ihre Abstimmung davon abhängig machen, wie das Gesetz im Einzelnen ausfällt, und erhebliches Gewicht darauf legen, ob der Antrag Windthorst oder ein ähnlicher in zweiter Lesung angenommen wird. Der Minister v. Scholz hat das Sperrgesetz von 1879 als Muster für das vorliegende vorgeschlagen. Ich kann diese Exemplifikation in solcher Unbedingtheit nicht zugeben. Die Verschiedenheit geht schon daraus hervor, daß das damalige Gesetz, obgleich Getreidezollerhöhungen in Frage standen, sich nicht auf den Getreidezoll bezog, während das jetzige auf Getreide- und Mehlsollerhöhungen Anwendung findet. Es macht bei einem Sperrgesetz einen sehr großen Unterschied, ob man es mit Finanz- oder Schutzzöllen zu thun hat. Das Sperrgesetz von 1879 hat sich fast ausschließlich auf Finanzzölle bezogen. Die Getreidezölle hat man damals in dasselbe nicht aufgenommen, den Anfangstermin für die Erhebung derselben sogar auf den 1. Januar des folgenden Jahres hinausgeschoben, so daß 6 Monate zwischen dem Beschluß und der Vollziehung des Gesetzes lagen. Der Minister v. Scholz hat berechnet, was die Regierung wohl verdiene, wenn das vorliegende Gesetz unmittelbar in Kraft trete. Die Erzielung dieses Blus kann doch aber nicht allein maßgebend sein. Außerdem ist eine solche Berechnung gerade bei der Natur der Schutzzölle leicht eine trügerische. Bei dem plötzlichen Inkrafttreten würden große Waarenmengen nicht eingeführt werden, die zu uns hineinkämen, gerade wenn die niedrigeren Zölle einige Zeit länger in Kraft blieben. Von Getreidezöllen war freilich schon lange die Rede, aber ihre Höhe hat man ja nicht vorauswissen können. Die Regierung hat für Roggen einen Zoll von 2 M. verlangt; den Beschluß von 3 M. habe ich wenigstens bis zur Abstimmung selbst kaum als feststehend angesehen; um wie viel weniger ein draußen stehender Geschäftsmann. Eine Neuerung des Staatssekretärs v. Burchard stellte es gerade in Zweifel, ob überhaupt eine Roggenzollerhöhung kommen würde; man nahm eine Erhöhung bloß des Weizenzolles an. Bei Hafer und Hülsenfrüchten hat die „freie wirtschaftliche Vereinigung“ keine Erhöhung eintreten lassen, und bei dem Stärkeverhältnis der in derselben vertretenen Parteien müssen wir annehmen, daß diese auch nicht erfolgen wird. Bei so schwankenden Verhältnissen konnte sich doch der Kaufmann nicht vorher einrichten. Ich glaube Anfangs, das Sperrgesetz werde sich nur auf Roggen und Weizen erstrecken. Bei den anderen Artikeln liegen die Verhältnisse ganz anders. Zum Beispiel bei Raps entsprechen lange Lieferungsverträge der Natur des Geschäfts. Man kann sich über die Tragweite des Sperrgesetzes erst ganz klar werden nach Schluß der zweiten Beratung über alle die Artikel, auf welche sich dasselbe bezieht.

Finanzminister v. Scholz: Der Abg. Richter hat allerdings schon bei jener Gelegenheit den eben begründeten Standpunkt vertreten, daß ein Sperrgesetz sich wohl für Finanz-, nicht aber für Schutzzölle rechtfertige. Dieser Auffassung ist aber 1879 weder von der Reichsregierung noch von der Majorität des Reichstages zugestimmt worden, denn unter den damals von der Sperrre betroffenen Artikeln befand sich in erster Linie das Eisen, und der Eisenzoll war kein Finanzzoll, sondern ein reiner Schutz Zoll. Die Unterscheidung ist aber für den Zweck des Gesetzes auch ganz gleichgültig; es kommt darauf an, daß diesem Zweck nicht noch monatelang diametral entgegengehandelt wird. Auch stehen

keineswegs bloß die Interessen von Privatpersonen in Frage; wenn die in Betracht kommenden Interessen so stark, so erheblich sind, daß die Befestigung es für gerechtfertigt erachtet, sich ihrer anzunehmen, dann sind es eben nicht mehr Privat-, sondern öffentliche Interessen; nur in dem Maße, wie man sie für öffentliche Interessen erachtet, ist es gerechtfertigt, gesetzlichen Schutz eintreten zu lassen, dann aber muß man diesen Schutz auch durch die in Antrag gebrachten Maßregeln vervollständigen. Diejenigen Herren, die noch vor wenigen Wochen bei geringfügigen Forderungen von 20, 30, 40 000 M. ihre Sparjamkeit so sehr betonen haben, müssen doch unbedingt hier, wo es sich um 7 Millionen bei regelmäßigem, um einige 20 Millionen bei gesteigertem Verkehr handelt, die Konsequenzen ihrer Sparjamkeitshaltung ziehen. Die Hinausschiebung der zweiten Lesung des Sperrgesetzes bis zur Beendigung der zweiten Lesung aller in Frage kommenden Tarifpositionen würde große Nachteile mit sich führen und hätte gar keinen Zweck, da ja von der Sperrbefugnis ohnehin erst Gebrauch gemacht werden kann, wenn ein Beschluß in zweiter Lesung über die einzelnen Positionen gefaßt ist.

Abg. Windthorst: Auch ich werde dem Sperrgesetz zustimmen unter der Bedingung, daß bestehende, wohlverordnete Rechte geschont werden. Den Interessenten, welche vor Erbringung der Vorlage Verträge über Lieferung von Gegenständen bona fide abgeschlossen haben, muß die Wohlthat des alten Gesetzes belassen werden. Zahlreiche Lieferungen, die jetzt oder demnächst abzunehmen sind, wurden schon im vergangenen Jahre abgeschlossen, und die höheren Zölle würden ganz erhebliche Mehrausgaben machen. Wir ist ein Fall bekannt, wo jemand eine ganze Reihe von Wochen hindurch 2500 Mark mehr bezahlen mußten für die Lieferung von Waaren, die ihm auf Grund eines im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrages übermitteln werden. Ich habe daher einen Antrag eingebracht, der dahin geht, daß so weit Gegenstände eingeführt werden in Folge von Verträgen, die nachweislich vor dem 1. Februar abgeschlossen sind, der alte Tarif in Kraft bleiben soll. Dieser Gedanke hat 1881 in der damaligen Novelle zum Zolltarif unter Zustimmung der Regierung seinen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden. Ich würde dem Gesetz nicht zustimmen, wenn es störend in wohlverordnete Rechte und geordnete Verhältnisse eingreift.

Finanzminister v. Scholz: Im Jahre 1881 handelte es sich um eine ganz plötzliche und unerwartet eintretende Verringerung des Zolltarifs; heute um Dinge, die lange Zeit vorausgesehen werden konnten und auch vorausgesehen worden sind. Im Jahre 1881 war auch dem damaligen Antrage des Abg. Windthorst keineswegs die Zustimmung der verbündeten Regierungen ausgesprochen worden, vielmehr hat deren Vertreter in dritter Lesung ausdrücklich um die Ablehnung. Ich glaube nicht, daß die Zollbehörden im Stande sein würden, ohne einen neuen ganz außerordentlichen Apparat von Inspektionen und Personen eine solche Aufgabe zu lösen. Ich bitte also nochmals, von der Annahme des Antrages, namentlich in der gedachten unvollständigen Fassung, abzusehen.

Abg. Broemel: Durch das Sperrgesetz wird nicht die unbedingte Spekulation vorzugsweise getroffen, sondern im Gegentheil das solide Geschäft. Allerdings ist schon zur Zeit der Wahlen, und besonders im November, Dezember und Januar viel Getreide zu Spekulationszwecken eingeführt worden; aber diesen Spekulationen kommt es gerade darauf an, daß das Sperrgesetz möglich bald eingeführt werde (sehr richtig!) während die soliden Firmen, welche ihre Abschlüsse für das Frühjahr getroffen haben, durch die Sperrre empfindlich geschädigt werden. Uebrigens hat man beispielsweise beim Roggen, diesem allerwichtigsten Artikel, erst ganz vor Kurzem erfahren, daß wirklich ein Differenzialzoll eingeführt wird. Durch diesen Umstand werden die Argumente welche der Abg. Windthorst im Namen der Gerechtigkeit geltend gemacht hat, besonders verstärkt.

Abg. Graf Udo Stolberg: Wir werden für die Anträge v. D. w. und Bülwirth (siehe unten) stimmen, weil sie eine nothwendige Ergänzung des Gesetzes enthalten. Dagegen stimmen wir gegen den Antrag Scipio-Struamann, dessen praktische Durchführung wir für unmöglich halten. Der Antrag Windthorst ist zwar klar und in guter Absicht gestellt, bedeutet aber in seiner jetzigen Form eine Entkräftung des Gesetzes. Wir werden abwarten, ob der Antrag in der dritten Lesung in einer für uns annehmbaren Form wieder vorgelegt wird.

Abg. Scipio beantwortet seinen Antrag, welcher namentlich mit Rücksicht darauf gestellt sei, daß erst ganz kürzlich wieder neue und sehr bedenkliche Zölle, wie z. B. der Rohrzoll, beantragt seien. Dem Antrag Windthorst werde man jedenfalls näher treten müssen. Vielleicht zeige er den Weg, eine Schädigung des soliden Geschäfts zu vermeiden.

Abg. Richter: Auch ich zweifle, ob nicht die Spekulation auf das baldige Inkrafttreten der neuen Zölle viel stärker ist, als auf das verzögerte. Wenn die Herren so thun, als ob die Forderung des späteren Inkrafttretens unerhört, und als ob die sofortige Sperrre das naturgemäße sei, so erinnere ich daran, daß schon im alten preussischen Zollgesetz von 1838 und ebenso in der Polkordnung des Reichs bestimmt war, daß in der Regel neue Zolländerungen erst 8 Wochen nach der Publikation in Kraft treten sollen. (Hört! Hört!) Das Gesetz selbst wollte also den Interessenten eine gewisse Beruhigung geben. Jetzt nun will man umgekehrt den Zoll schon ungefähr 8 Wochen vor der Publikation wirksam werden lassen. Ich bitte Sie, in die zweite Lesung der Vorlage heute noch nicht einzutreten; wir sind über die zahlreichen neuen Anträge noch gar nicht genügend informiert; und dadurch, daß wir mit der zweiten Lesung noch einige Tage warten, braucht der Eintritt der Sperrre nicht verzögert zu werden.

Abg. Windthorst empfiehlt nochmals seinen Antrag. Die Furcht, daß das Gesetz umgangen werden könne, dürfe nicht dahin führen, daß man berechnigte Interessen verlege. Gegen betrügerische Manipulationen habe man die Strafgesetze. Der Antrag Struamann stehe heute gar nicht in Frage, denn er bezieht sich nicht auf das Sperrgesetz. Damit schießt die erste Beratung. Ein Antrag Richters, in die zweite nicht sofort einzutreten, wird gegen die Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten, einige Nationalliberale und Centrumsparteilieder abgelehnt.

Zur zweiten Lesung beantragen: 1. Windthorst: das Gesetz auf Gegenstände, welche in Folge von Verträgen, die nachweislich vor dem 1. Februar d. F. abgeschlossen worden sind, eingeführt werden, nicht Anwendung finden zu lassen; 2. v. Wedell, Malchow und Frege: in dem Antrage Windthorst an Stelle von „1. Februar“ zu legen: „15. Januar“; 3. v. D. w.: die Sperrre auch auf Mehl in Fässern auszudehnen; 4. v. Bülwirth: auch Kraftmehl, Kuben u. unter das Gesetz fallen zu lassen; 5. Broemel: Raps, Rübsaat und Mohr von der Sperrre auszunehmen; 6. Richter: die Sperrre lediglich für Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchte, Gerste, Mais und Malz eintreten zu lassen. Die Diskussion wird über diese Anträge, zunächst mit Ausschluß der von Windthorst und Wedell, eröffnet.

Abg. Richter: Mein Antrag will vermieden, daß mit diesen Sperrmaßnahmen in den Verkehr mit anderen, als mit großen Handelsartikeln eingegriffen wird. Bei Raps und Rübsaat z. B. ist gar keine Spekulation in Frage, welche die Sperrre irgendwie rechtfertigen könnte. Wir wollen namentlich nicht auch überall die Sperrre gewähren, wenn irgend Jemand von der Majorität den Einsatz bekommt, irgend einen kleinen Handelszweig durch einen neuen Zoll zu beunruhigen. (Unruhe und Zwischenrufe rechts.) Allerdings, wenn ich heute zu Ihnen (nach rechts) so oft reden höre über die Verächtlichmachung, welche z. B. irgend eine Kolonie verdienen wegen eines ganz unwesentlichen Handels-

artikels, dann muß ich mich doch sehr verwundern über die Rücksichtslosigkeit, mit der Sie verfahren, wenn eine Gruppe von Agrariern es für gut hält, weiß für ihren Geldbeutel zu paßt, einen ganzen Handelszweig zu zerstören. (Sehr gut! und Beifall links. Widerspruch und Unruhe rechts.) So wohl, als ganzes Verbalten ist vom Eigennutz diktiert! (Beifall links. Große Unruhe rechts.) Was soll es denn z. B. heißen, wenn die Sperrre auf frische Weinbeeren, auf frisches Gemüse ausgedehnt werden soll? Fürchten Sie da wirklich jetzt eine schändliche Spekulation? Bleiben Weinbeeren und Gemüse etwa frisch, wenn man sie wie Getreide in Speichern aufbewahrt? Mindestens muß doch das Sperrgesetz so redigirt werden, daß die Sperrre wirklich eine sachliche Begründung hat. Dann aber darf sie nur, wie mein Antrag will, für die großen Handelsartikel eintreten. (Beifall links. Bischen rechts.)

Abg. v. D. w.: Ich bitte, den Antrag Richter abzulehnen. Es handelt sich namentlich bei Raps und Rübsaat um isolirte Summen, die wir dem Staatsfiskus durch die Sperrre erhalten können. Herr Richter hat dann von einer Gruppe von Agrariern gesprochen, deren Verhalten vom Eigennutz diktiert ist. (Sehr richtig! links.) Er hat vergessen, daß es sich hier um die Majorität des Hauses handelt. Im Namen dieser Majorität protestire ich gegen seine Neuerung und weise dieselbe zurück mit Stolz und mit Entrüstung! (Lebhafte Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. Broemel: Mein Antrag ist im Interesse der deutschen Delmüller gestellt, welche durch die Sperrre von Raps und Rübsaat in eine ganz unglaublich schlimme Lage kommen würden. Namentlich würde die große Exportindustrie, die mit hier haben, schwer geschädigt werden.

Abg. Richter: Mit dem Stolz ist es eine schöne Sache, wenn er sich auf das Vollbenutzen der eigenen Kraft beruft, aber wenn er nur darin besteht, Anträge zu stellen, welche auf Kosten der armen Leute angeführt werden können, so ist es mit diesem Stolz nicht weit her.

Abg. v. Bülwirth bezeichnet diese Neuerung als nicht sachlich und erläutert seinen Antrag.

Abg. Richter: Ich habe mich streng an die Sache gehalten, so lange ich die Ueberzeugung hatte, daß sachliche Gründe Berücksichtigung finden würden. Wenn aber von Seiten der Majorität darauf verzichtet wird, wenn man die Sperrre sogar auf frisches Obst und Gemüse ausdehnen will, so sehen wir uns einer festen Mehrheit gegenüber, gegen die nur schwer angeklämpft werden kann. Der Bülwirthsche Antrag bezieht sich auf Stärke aus Kartoffeln, die keine Rolle unterliegen, und aus Mais, auf der nur ein geringes Zoll ruht. Ich glaube, durch die Entscheidung über die letzten Anträge, die hier gestellt werden, wird der sachliche Ausschluß über die Zölle präjudicirt.

Staatssekretär v. Burchard: Der Vorredner geht von der Ueberzeugung aus, daß in dem Sperrgesetz die Zölle aufgelegt werden sollen. Das ist aber nicht der Fall. Es geht durch dasselbe nur dem Reichskanzler die Befugnis zuerkannt werden, über gewisse Artikel die Sperrre zu verhängen, was Maßgabe der Beweise, welche vom Reichstage gefaßt werden. Auch in dem Jahre 1879 ist ähnlich verfahren worden, wenn dieses Verfahren so ungeheuerlich ist, wie es der Vorredner darzustellen versucht, warum hat er nicht damals Widerspruch gegen dasselbe erhoben? Das Sperrgesetz vorher erlassen wird, weil sonst die Wirkung des ganzen Zollgesetzes beeinträchtigt wird, ist nothwendig. In einer andern Richtung geht der Herr Vorredner von falschen Voraussetzungen aus. Das Sperrgesetz bezieht sich nur auf die Artikel, deren Zollerhöhung in dem vorgelegten Gesetze Aussicht genommen wird. Es kann also keine Annahme auf Früchte finden, da von denselben im Gesetz nicht die Rede ist.

Abg. Richter: Der Wortlaut des § 1 des Sperrgesetzes spricht nicht für eine solche Deutung. Vielmehr umgekehrt selbst nach meiner Ansicht und der Ansicht vieler Anderer hier im Hause Alles, was unter 9 steht. Ich weiß wohl, daß durch das Sperrgesetz nicht den Zoll feststellen. Aber wenn die Vollmacht zur Verhängung der Sperrre auch auf unregelmäßig geordnete Einfuhrartikel, wie beispielsweise die Stärke, ausgedehnt wird, so steht die Bedeutung eines solchen Gesetzes in der geschäftlichen Interessen nicht im Einklang mit dem Nutzen, der geschaffen werden soll. Bis gestern Abend hat Niemand, daß der Zoll auf Speiseöl verdoppelt werden würde. Niemand konnte sich bei diesem Artikel vorsehen, und doch die Vollmacht erteilt werden, daß schon morgen eine Sperrre auch für diesen Artikel eintreten kann. Das übersteigt das Alles, was man bisher an Rücksichtslosigkeit gezeigt hat.

Staatssekretär v. Burchard: Ich kann den Herrn v. Kardorff nicht authentisch interpretiren, aber ich habe es verstanden, wie ich es Ihnen vorhin angegeben habe.

Es folgt darauf die Diskussion über den Antrag Bülwirth.

Abg. Boermann: Nach der Erklärung, welche der Staatssekretär abgegeben hat, ist zwar wenig Aussicht auf Annahme des Antrages Windthorst oder des von meiner Seite gestellten Antrages seitens der Regierung vorhanden. Trotzdem stimmen wir demselben zu mit Vorbehalt etwaiger Abänderungen bei der dritten Lesung. Er ist auch eine Nothwendigkeit geworden, weil von vielen Geschäftshäusern große Kontingente abgeschlossen worden sind, bevor man noch eine Abminderung hatte, daß eine Erhöhung der Getreidezölle eintreten würde. In Hamburg beispielsweise wußte vor dem 8. Januar, wo der Herr Reichskanzler die Getreidezölle ankündigte, Niemand etwas von einer solchen Maßregel. Man glaubte vor allem Dagegen nicht, daß diese Zölle in einer solchen Höhe kommen würden, wie sie jetzt vorgeschlagen sind. Das Ausnahmen, wie sie der Abg. Windthorst statuten will, für die Geschäftshäuser wenig geworden sind, wird mir Jedermann zugeben. Beispielsweise im November v. J. ein Kontrakt über die Schiffsladung Getreide in Amerika abgeschlossen ist, so würde dem kontrahirenden Hause durch den Mehrzoll eine Schädigung von vielen tausenden Mark erwachsen, wenn das Sperrgesetz ohne Weiteres in Kraft träte. Man hat gesagt, daß der Antrag Windthorst nur dazu führen werde, Vorbedingungen artiger Verträge zu begünstigen. Aber der Bundesrath hat Maßnahmen einzelner Geschäftshäuser festzustellen. Ich bitte deshalb, den Antrag Windthorst anzunehmen.

Abg. Löwe: Es würde eine große Schädigung des deutschen Handels bedeuten, wenn das Sperrgesetz ohne Weiteres in Kraft gesetzt würde. Diese Geschäftshäuser haben die Mittelstellung gemacht, daß der Getreide- und der Rapszoll unmöglich daran denken konnten, daß so enorme Zollerhöhungen eintreten würden. Alle diejenigen, welche nicht mit uns sind, ihr eigenes Interesse verfolgen, sollten daher mit uns zusammenwirken, eine unbillige Beeinträchtigung des Handels zu verhindern. Ein Rapsbändler hat mir mitgeteilt, daß er sofortigen Eintritt des Sperrgesetzes bei einer einzigen Erhöhung von 70 000 M. verlieren würde. Er ist bereit, alle seine hauptnehmlichen Dokumente zu belegen. Hier kann alle böswilliger Hinterziehung nicht die Rede sein. Ein anderes bedeutendes Haus hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß gerade durch die plötzliche Erhöhung der schlimmen Spekulation Thür und Thor geöffnet sei. Es haben nämlich an der hiesigen Börse Spekulationen Großgrundbesitzer sind, darauf hin, daß sie von den Erhöhungen Kenntniß hatten, die ungeheuerlichen Abschichten sofortiger Lieferung gemacht. (Hört! Hört! links.) Wenn der legitime Handel, der seine Abschlüsse gemacht hat, zu jener Zeit, wo er nicht von dem Eintritt der Zollerhöhungen jetzt gezwungen ist, die höheren Zölle zu bezahlen, so wenn er sich dem nicht ausweichen will, den Großgrundbesitzern in die Hände fallen, die ihre Kenntniß von der Er-

Alle benutzt haben, um kolossale Aufkäufe zu machen. Das
Abg. v. Franckenstein hält die Annahme des Antrags
Widthorst für einen Akt der Gerechtigkeit. Ein Bedenken
gegen dasselbe ist allerdings nicht wegzuleugnen, daß Anti-
korporationen vorgenommen werden. Allein gegen derartige
Anstalten schützt einmal die hohe Strafe, welche gegen die-
selben festgesetzt werden kann; sodann steht den Behörden ja
ein gewisses Recht der Einsichtnahme in die Bücher zu.
Der Unterantrag von Wedell ist als eine Verbesserung des
Widthorst'schen Antrags zu betrachten, weil am 8. Januar
im ersten Male offiziell die Getreidezölle angekündigt sind.
Nach Abg. Widthorst wird voraussichtlich diese Aenderung
in Kraft treten.
Abg. Widthorst: Ich habe zwar immer geglaubt, daß
man von den Absichten der Regierung dann erst etwas weiß,
wenn dieselben uns hier in Vorlagen kundgeben sind. Trotzdem
bin ich bereit, den Aenderungsvorschlägen des Abg. v. Wedell
zuzustimmen.
Staatssekretär v. Burchard: Der Herr Reichskanzler
hat allerdings am 8. Januar zum ersten Male die Erhöhung
der Getreidezölle angekündigt. Im Allgemeinen war die Maß-
regel schon früher bekannt, wenn auch die Geschäftswelt nicht
wußte, in welchem Grade die Zollerhöhungen stattfinden und
welche Artikel davon betroffen werden würden. Sie haben
sich deshalb schon vorgelesen, und in den Verträgen, die sie
mit den Verkäufern abschlossen, sicher die Klausel ausgenommen,
daß für den Fall einer etwaigen Zollerhöhung der Verkäufer
den Zoll zu tragen habe. Das müßte von einem vorsichtigen
Geschäftsmanne verlangt werden.
Abg. Widthorst: Gesetz erhalten immer erst nach
gewisser Zeit Kraft, wenn auch der Herr Reichskanzler
am 8. Januar die Getreidezölle angekündigt hat, so konnten
sie doch unmöglich vor dem 15. Januar Gesetzeskraft haben.
(Gehehrt.)
Abg. Woermann: Ich muß doch den vorsichtigen Ge-
schäftsmanne gegenüber dem Herrn Staatssekretär in Schutz
nehmen. In einem Kontrakte gehören zwei, und ein Verkäufer
würde in dem Falle sicher den Zoll nicht tragen.
Die Debatte wird hierauf geschlossen und der Antrag
Widthorst mit dem Unterantrag Wedell einstimmig ange-
nommen.
Die von den Abgg. Richter und Broemel gestellten
Anträge werden abgelehnt, die Anträge der Abgg. Wöl-
marth und v. D. angenommen.
§ 1 wird mit diesen Anträgen angenommen, desgleichen
eine Debatte die §§ 2 und 3; § 4 bestimmt, daß während der
Wahlperiode der Sperre die Bestimmung des Zollver-
einigungsvertrags von 1867, wonach von allen mit einem Ein-
heitszoll von mehr als 3 R. per Doppelcentner belegten aus-
ländischen Erzeugnissen keine weitere Abgabe, insonderheit kein
kommunalaufschlag erhoben werden darf, für die gesperrten
Artikel außer Anwendung treten soll.
Abg. Richter erklärt sich gegen diesen Paragraphen. Es
wird hier eine sehr wichtige Bestimmung der Zollvereinigerträge
ausdrücklich festgesetzt, obwohl der letztere in sehr
weiter Absicht die Autonomie der Gemeinden in Bezug auf
die Erhebung von Konsumtionsabgaben eingeschränkt habe. Es
ist ein Verdienst des Reichskanzlers, in Preußen die Befrei-
ung der Nach- und Schlachtsteuer durchzuführen zu haben.
Wenn in Sachsen noch eine Nachsteuer bestünde, so müßte man
nach der Erhöhung der Getreidezölle doch um so mehr
bedenken tragen, sie fortzusetzen zu lassen. Gerade Sachsen
würde von dieser Erhöhung härter betroffen als ein anderes
Land; die Kommunalsteuer auf das Brot beibehalten hieße das
Volk verheeren.
Bundestag, sächsischer Finanzrath Golz konstatiert,
daß in Sachsen eine Nachsteuer nicht existire, daß vielmehr
in einigen Städten eine Steuer auf Mühlenfabrikate er-
hoben werde.
Abg. Richter: Ich kann den Unterschied zwischen
Sachsen nicht recht herausfinden. Auf Sachsen habe ich des-
wegen verpflichtet, weil vorhin, wie mir inzwischen mitgeteilt
wurde, ein sächsischer Abgeordneter (Abg. Klemm) in der
Bundestagssitzung die Sache angeregt worden ist.
An die Bemerkungen des Abg. Richter knüpft sich eine
lebhafte Debatte, in welcher die sächsischen Abgeordneten
Hartwig, Klemm, Gehlert und Klermann
die sächsischen Kommunen gegen die Angriffe des ersten
in Schutz nehmen. Gegen die in erster Linie in Dresden er-
höhte städtische Abgabe von Mehlprodukten seien nur die
wenigen Getreidebesitzer des Herrn Richter eingenommen,
und die große Mehrheit begrüße die in Aussicht stehende Re-
form dieser Kommunalabgabe, durch welche ein vermehrter Er-
trag herbeigeführt werden soll, mit Freuden.
Gegen die Bemerkung Richters, daß die Dresdener
höchstens noch einmal dahin kommen würden, die Befreiung
dieser drückenden Konsumtionsabgaben als eine Ehrenpflicht zu
erklären, bemerkt Abg. Klermann, daß der Abg. Richter
der Allerletzte sei, den die Sachsen im Punkte der Ehre
Sachsen und Dresdens um Rath fragen würden.
Abg. Wedell protestirt dagegen, daß der Abg. Hartwig
im Namen der Majorität der Bevölkerung Dresdens sprechen
dürfte.
Die Sozialdemokratie habe sich nicht nur gegen die
Vermehrung der indirekten Steuern verwahrt, sondern sich
auch auf das Altersversicherungswesen für die Abschaffung aller be-
stehenden Bölle ausgesprochen. (Gehehrt.)
Abg. v. Fischer tritt für die Annahme des Paragraphen
ein, dessen Ablehnung den Haushalt von hunderten von
bairischen Gemeinden in Unordnung bringen würde.
Abg. Richter: Es scheint doch, als ob ich mit meinen
Aussäherungen einen wunden Punkt berührt habe, auf den wir
schon früher noch genauer kommen werden. Wie wandelbar
die Konservativen sind, dafür zeugt der Umstand, daß Herr
Hartwig 1877 selbst noch für Herrn Wedell in Dresden gestimmt
haben soll. (Große Heiterkeit links.)
Abg. Hartwig bestreitet das letztere; Herr Richter sei
auf diese Mittelzeit ebenso bereingefallen, wie er (Hedner)
bezüglich der Buntpapierfabrikation (große Heiterkeit) hinein-
gefallen sein sollte. Er könne die Wahrheit der ihm in dieser
Beziehung gemachten Mittheilungen durch zahlreiche Zeugen
erhalten lassen.
Abg. Richter: Daß der Abg. Hartwig 1877
Herrn Wedell gewählt hat, ist mir soeben von Herrn
Wedell selbst mitgeteilt worden. (Große Heiterkeit.)
Abg. Hartwig ruft: Woher weiß er das? Die Nachricht,
daß Hr. Hartwig das Opfer einer Mystifikation geworden, ist
uns zuerst aus Sachsen selbst gekommen.
§ 4 wird darauf angenommen.
Es folgt die Beratung des Antrags Broemel, wonach der
erhöhte Roggenzoll erst nach dem Ablauf des spanischen Handels-
vertrages erhoben werden soll.
Abg. Broemel: Die Einführung eines erhöhten Roggen-
zolls gegenüber Rußland, während für alle anderen Staaten
der alte Zoll in Kraft bleibt, bildet für unsere Zollgesetz-
gebung ein Novum. Bis zum Bekanntwerden der Notiz hat
man es für unmöglich gehalten, daß die deutsche Zollgesetzgebung
zu dem Differentialzollsystem zurückkehren würde. Die Motive wer-
ten selbst die Frage auf, ob nicht die meistbegünstigten Länder
von ihrem Roggen nach Deutschland schicken und dafür
russischen Roggen beziehen werden, so daß dadurch die Einnahme
aus dem erhöhten Zoll sich herabmindern würde. Aber diese rein
finanzielle Betrachtung fällt gar nicht ins Gewicht gegenüber
der kommerziellen und industriellen Schädigung. Es handelt
sich um eine vollständige Verschiebung der Verlosung Deutsch-
lands mit Rußland. Die Roggenproduktion in den meistbe-
günstigten Ländern, in Oesterreich, Frankreich, Belgien,
den Niederlanden, Griechenland, Türkei ist so groß,

daß sie der Produktion Deutschlands gleichkommt.
Bei einem Vorprung von 20 Raut Zoll kö-
nnen diese Länder ihre Erzeugnisse leicht nach Deutsch-
land versenden und dafür russischen Roggen zum einhei-
mischen Konsum beziehen, zumal Roggen meist bei
ihnen frei eingeht. Das bedeutet lediglich eine Um-
legung des großen Roggenimports der deutschen Seehäfen
an der Ostsee wie an der Nordsee. Tausende von Arbeitern
würden dadurch brotlos werden. Die Ahderei und der Schiff-
bau würden ihre Beschäftigung verlieren, und auch die nord-
deutsche Mollerei würde in Mitleidenschaft gezogen werden.
Eine so weit reichende Verschiebung von Verkehr und Industrie
entspricht sicher nicht der Billigkeit. Sie kann auch nicht durch
die Nothlage des Roggenbaues begründet werden, denn die
Roggenpreise sind seit 1880 stets erheblich höher gewesen als
1873. Besonders bedenklich ist es, daß jeder Differentialzoll zu
schlimmen Mißbräuchen führt. Im gegenwärtigen Augenblick
wird überdies die Wirkung des Differentialzolls verschärft
durch das Sperrgesetz. Gelingt es in der That, durch diese
Maßregel die russische Kornzufuhr von den deutschen Seehäfen
zu verdrängen, so wird man dies, so weit das Meer deutsches
Land bespült, von Memel bis Emden als eine Vergewaltigung
empfinden. (Lebhafter Beifall links.)
Die weitere Beratung wird um 5 1/4 Uhr bis Mittwo-
ch 2 Uhr vertagt.
Berichtigung. Der Abg. v. Hülf (nationalliberal) hat
gestern nicht für, sondern gegen die Erhöhung des Roggen-
und Weizenzolls gestimmt.
Abgeordnetenhaus.
21. Sitzung vom 17. Februar 1885, 10 Uhr.
Am Ministerische Randach und Kommissarien.
Das Haus setzt die Beratung des Ausgabebudgets der
Eisenbahnverwaltung fort.
Abg. Büchtemann beklagt, daß die für die Erneuerung
des Oberbaues der Bahnen ausgeworfene Summe immer noch
eine so außerordentlich hohe sei; der Staat zahle den Koali-
tionen der Schienenfabrikanten Preise, die den Preis der
Schienen auf dem Weltmarkt ganz enorm überstiegen. Die
Verwaltung solle das Ausland zu den Submissionen in um-
fangreicherer Weise heranziehen und den inländischen Werken
nicht einen unbedingten Vorrang gewähren.
Ministerialdirektor Schneider stellt letzteres in Abrede;
die schlechten Dividenden der Eisenindustrie-Gesellschaften be-
weisen ja, daß ein unverhältnismäßig hoher Gewinn bei den
Schienenlieferungen für die Staatsbahnen für sie nicht heraus-
komme. Das Ausland sei zu den Submissionen ebenmäßig
zugelassen, in den letzten Jahren seien aber Oefferten vom Aus-
lande nicht eingegangen. Dieser Umstand zeige, daß die von
den inländischen Werken geforderten Preise durchaus ange-
messen seien.
Abg. Büchtemann betont dem gegenüber, daß es doch
eine Thatsache sei, daß die deutschen Eisenwerke nach dem
Auslande die Schienen ganz erheblich billiger liefern; man
möge den ausländischen Fabrikanten bessere Lieferungs-
bedingungen stellen, damit sie mit den unserigen konkurriren
können.
Abg. Berger: Das Ausland stellt wesentlich günstigere
Lieferungsbedingungen, die den deutschen Werken zwar ermög-
lichen, billiger zu liefern, deren Nachahmung aber der Ver-
waltung nicht zu empfehlen wäre. Im Auslande werden
Schienen anstandslos abgenommen, die wahre Nordwerkzeuge,
von keinem preussischen Schienenkontroleur durchgelassen werden
würden.
Abg. Büchtemann: Die Argumente des Vorredners
sprachen indirekt auch für meinen Wunsch, daß die Sub-
missionsbedingungen etwas weniger scharf gehalten würden;
selbst Krupp habe sich in früheren Jahren geweigert, gewisse
Bedingungen, deren Erfüllung die Güte der Schienen gar nicht
einmal tangierte, zu unterschreiben.
Abg. Berger: Wenn der preussische Eisenbahnminister
vorzügliche Schienen haben will, muß er auch etwas mehr be-
zahlen als das Ausland. Der Preis der Schienen richtet sich
einfach nach der Qualität. Die Koalitionen sind eine treff-
liche Einrichtung zur gleichmäßigen und rationalen Vertheilung
der Arbeiten auf die verschiedenen Werke.
Abg. Meyer (Breslau): Noch niemals hat ein Geschäfts-
mann sich einer Koalition angeschlossen, damit seine Konkurrenten
zu leben haben. (Gehehrt.) Der Zweck der Koalition ist viel-
mehr der, den Preis über das durch die freie Konkurrenz fest-
gestellte Niveau emporzuheben, und die Wachsamkeit der Kon-
sumenten muß sich diesen Koalitionen dann um so schärfer zu-
wenden, wenn das Mißverhältnis beider zu Nachttheilen für
den Einzelnen und die Allgemeinheit zu führen droht. Die
Bemerkungen des Abgeordneten Büchtemann waren daher
mohlberechtigt.
Die sächsischen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung für die
Bahndirektionen Berlin, Bromberg, Hannover, Frankfurt a. M.
werden hierauf bewilligt.
Bei dem Aufgabebudget für den Direktionsbezirk Magde-
burg wünscht Abg. v. Jeditz (Mühlhausen) die Herstellung
einer besseren Bahnhofsanlage in Sommerda.
Abg. Bachem bittet, die Zahl der festangestellten Heizer
und Bremser des Güterzugpersonals im Bezirk der Direktion
Köln (linksrheinisch) zu vermehren.
Die Abg. Lehmann, Berger, Pleß und Büch-
temann bedauern übereinstimmend, daß, wie ihnen glaub-
würdig berichtet sei, im Bezirk der linksrheinischen Direktion
auf Veranlassung derselben, namentlich in Saarbrücken, gene-
relle Lohnherabsetzungen verfügt worden seien, welche sich für
die Eisenbahnarbeiter bis auf 16 pCt. der Löhne belaufen
sollen; Ministerialdirektor Drefeld erklärt, daß eine all-
gemeine Verfüzung in diesem Sinne von der Zentralstelle
keineswegs ausgegangen sei.
Abg. Kumpff: In den Fabrikantenkreisen schlägt durch-
weg für die Arbeiter ein warmes Herz; die Mißverhältnisse
zwischen Arbeitgeber und Arbeitern werden lediglich künstlich
durch gewissenlose Agitation erzeugt.
Abg. Widthorst: Man darf solchen Verhältnissen
gegenüber nicht einfach schweigen. Die Art, wie eine Reihe
von Arbeitgebern gegen ihre Arbeiter vorgehen, ist des äußersten
Tadels werth. Die Regierung darf auf diesen Weg nicht
treten.
Abg. Bachem: Nichts ist geeigneter, das gute Verhält-
niß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu zerstören, als
die Wahlbeeinflussungen, welche gerade von Parteifreunden
des Abgeordn. Kumpff gegenüber ihren Arbeitern ausgeht
werden.
Abg. Kumpff weist diesen Vorwurf zurück.
Die Ausgaben für die Direktionen Magdeburg und Köln
(linksrheinisch) werden bewilligt.
Bei den Ausgaben für die Direktion Köln (rechts-
rheinisch) wünscht Abg. Biese nach die Ermäßigung
der für die Frachten zwischen Neuf und Düsseldorf bestehenden
sehr hohen Eisenbahntarife.
Geh. Rath Fleck erwidert, die Staatsregierung werde, so
weit die Finanzlage das erlaube, auf eine schrittweise Ermäßi-
gung der Tarife hinwirken.
Das Kapitel wird bewilligt.
Bei den Ausgaben für den Direktionsbezirk Breslau
bemerkt Abg. Meyer, daß in dem ohnehin in sehr mangel-
haftem Zustande befindlichen Bahnhofe in Kofel während der
letzten Wahlen eine zahlreich besuchte Wählerversammlung statt-
gefunden habe, und das zu einer Zeit, wo fünf Personenzüge
den Bahnhof kreuzten.
Minister Randach hofft bald ein Projekt für den Neu-
bau des Bahnhofes vorlegen zu können. Im Uebrigen seien
Bahnhöfe für das reisende Publikum und nicht zu anderen,

namentlich nicht politischen Zwecken bestimmt. Wenn in dem
Bahnhof daher wirklich eine Wählerversammlung statt-
gefunden habe, so werde dies noch von ihm gerügt werden.
(Beifall.)
Abg. Meyer: Er habe auf seine bezügliche Beschwerde
über das Vorkommniß von der Direktion in Kofel die Antwort
erhalten, daß kein Anlaß zum Einschreiten vorliege.
Die Ausgaben werden bewilligt.
Bei den Ausgaben für die Zentralverwaltung u.
erklärt auf eine Anfrage des Abg. Büchtemann der Ministerial-
direktor Schneider, daß die Verwaltung zur Befestigung
der bekannten, durch die Niveauübergänge der Stettiner Eisen-
bahn über Straßen von Berlin entstandenen Uebelstände eine
Bereinigung der Berlin-Stettiner mit der Berlin-Wehrter Bahn-
hof ins Auge gefaßt habe.
Die Ausgaben werden bewilligt.
Der Nachweis über die Verwendung des im Eisenbahn-
Etat pro 1. April 1883/84 vorgesehenen Dispositionsfonds von
1 500 000 M. wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.
Bei den einmaligen Ausgaben beantragt die Budget-
kommission, die Forderung von 100 000 M. für den Umbau
des Bahnhofes Uelzen zu streichen.
Abg. Plinke beantragt und befürwortet dagegen die
Bewilligung des Postens.
Diesen Antrage gemäß beschließt das Haus mit großer
Mehrheit, genehmigt auch die übrigen Positionen dieses Etats
und vertagt sich sodann um 1/4 Uhr bis Mittwoch 11 Uhr.
(Antrag Huene, betreffend Verwendung der Einnahmen aus
den Getreidezöllen; Konvertirungsgesetz; kleinere Vorlagen und
Petitionen.)
Lokales.
b. Eine sehr merkwürdige Zukunftsgedend Ver-
kündung ist die, deren Hauptberichter Künftig die Barthauser-
straße bilden wird. Die breite, imposante Straße, welche vom
Oberbaum nach der Frankfurter Allee hinüberführt, ist über
ehemaligen Wiesengrund doch wie eine Bergstraße aufgeschüttet.
Vermittelt einer mächtigen Brücke überspannt sie das gewalti-
ge Schienenney der Schiefen und der Ostbahn und tief
unter dem Beschauer brausen die Flüge ohne Unterbrechung hin
und her. Nach der Stadt zu blickt man gerade in die Niesen-
halle des Schiefen Bahnhofes hinein. Nach Kummelsburg
zu fällt der Blick auf ein Gewirr von hohen Eisenbahndämmen,
welche vollkommen den Anblick einer mächtigen Festung ge-
währen. Wie eine Bitabelle leuchtet von der Höhe das röth-
liche Bahnhofs-Gebäude herüber, von dem und zu dem die
Ringbahnzüge herab- und hinaufgleiten. Weitbin überblickt
man die Stadt und das Spreetal. An der Straße selbst
festeln die riesigen Klümpchen des Wasserwerkes unsere
Aufmerksamkeit, die sich in langer Reihe elegantmäßig aufbauen.
Fabriken und Speicher steigen gegenüber bereits empor. Kurz,
die Gegend gewährt einen ganz besonderen großstädtischen An-
blick, wie man ihn in Berlin nicht zum zweiten Male findet.
N. Ein Streit zwischen zwei Edhnen des schwarzen
Erdbells, bei dem sogar Blut geflossen, setzte gestern die Be-
wohner eines Hauses der Altonaerstraße in Aufregung. In
dem genannten Hause hat der Afrikaner Herr Major a. D.
von Neschow eine Wohnung inne, welche er mit zwei in dorthi-
ger Gegend namentlich bei den Kindern allgemein beliebten
Negerknaben theilt, die, zwei verschiedenen Stämmen angehörend,
er sich von seinen Reisen in das Innere Afrikas mitgebracht, und
deren Lehrer und Erzieher er ist. Bei einer Reise nun, die Herr v.
Neschow kürzlich unternommen, waren die beiden Knaben allein
in der Wohnung zurückgelassen. Die ungewohnte Freiheit
benutzte der Ältere gestern, um die ausgedehntesten Exkursionen
zu unternehmen. Deswegen von dem jüngeren, der ihm den
Eintritt in das gemeinschaftliche Schlafzimmer verweigerte, bei
seiner Rückkehr zur Rede gestellt, gerieth er dermaßen in Wuth,
daß er sich zu empfindlichen Mißhandlungen hinreißen ließ.
Nun erwachte bei dem Schlafenden das heisse afrikanische Blut,
er ergriff ein zur Hand liegendes Messer und brachte seinem
Genossen eine nicht unbedeutende Verletzung bei. Von dem
Närm herbeigezogene Hausbewohner vermochten die kämpfenden
nur mit Mühe zu trennen, und da man eine Wiederholung
des Kampfes befürchtete, wurde der angebliche Dühello vorläufig
in der Nachbarschaft einquartirt.
Polizei-Bericht. Am 16. d. M. früh gerieth in einer
Küche des Hauses Königin-Augustastr. 26 in Folge Mangels
der Holiricht die Balkenlage unter der Kochmaschine
in Brand. Das Feuer wurde noch vor dem Eintreffen der Feuer-
wehr gelöscht, so daß die letztere nur noch Aufräumungsarbeiten
zu verrichten hatte. — An demselben Tage Wends fiel ein
unbekannter etwa 50 Jahre alter und anscheinend dem Arbeiter-
stande angehörender Mann in der Weinmeisterstraße in Folge
von Trunkenheit zur Erde und erlitt dabei eine so schwere
Verletzung am Kopfe, daß er mittelst Droschke nach dem St.
Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Auflage der wiederholten Unterschlagung
stand gestern der großbritannische Unterthan John George
Nyle vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I.
Derselbe war im Jahre 1883/84 in der von der Firma
M. Bollmer in der Urbanstraße hieselbst betriebenen Luxus-
waaren-Fabrik als englischer Korrespondent, Buchhalter und
Reisender in Stellung und hat theils Gelder, welche ihm zur
Deckung von Geschäftsschulden übergeben waren, theils ein-
gegangene Postanweisungen, theils auf der Reise eingezogene
Summen unterschlagen und für sich verwendet. Es standen
etwa 50 Fälle der Unterschlagung im Gesamtbetrage von
ca. 11 000 M. zur Anklage. Dem Angeklagten wurde
ferner vorgeworfen, daß er sich auf seinen Reisen mehrfach als
Inhaber der Firma und als M. Bollmer vorgestellt habe,
während seine Behauptung, daß er nur als Vertreter der
Firma aufgetreten sei, nicht glaubhaft erscheint, da er auch ver-
schiedene Quittungen einfach mit M. Bollmer unter-
zeichnet hat. Angeklagter bestritt seinerseits jede Schuld.
Die Beweisaufnahme wurde deshalb komplizirt und ausgedehnt,
weil der Angeklagte behauptete, daß er auf Grund des, mit
seinem ehemaligen Chef abgeschlossenen vorläufigen Kontraktes,
bereits im Rai v. J. berechtigt gewesen sei, über die ein-
gezogenen Ausenstände und sonstige Mittel der Firma nach
freiem Ermessen zu disponiren; die Zeugenvernehmung unter-
stützte diese Behauptung aber keineswegs. Der Staatsanwalt
hielt denn auch die Anklage in allen Fällen aufrecht und bean-
tragte eine Gesamtstrafe von drei Jahren und drei Jahren
Zuchthaus. Rechtsanwält Dr. Friedmann als Verteidiger
hatte einen schweren Stand und bot in seiner Rede Alles auf,
um die Handlungsweise des Angeklagten in ein milderes Licht
zu stellen. Der Gerichtshof fand aber keine Veranlassung dem-
selben mildere Umstände zu bewilligen, sondern erkannte dem
Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Verzine und Versammlungen.
t. Eine öffentliche Tischlerversammlung für den
Westen und Südwesten fand am Montag Abend unter sehr
zahlreicher Theilnahme im Rothbader'schen Lokale in der Belle-
Alliance-Straße statt. Herr Rödel referirte hieselbst über
das Thema: „Unsere Aussichten für die Lohnbewegung in
diesem Frühjahr. Nach einem Rück- und Ueberblick über die
allgemeine Lage und den gegenwärtigen Stand der Bewegung
kam derselbe auf die für die Tischler bedeutungsvolle Frage
der Minimal-Lohnsätze, welche von den Tischlergesellen schon
vor längerer Zeit aufgestellt und der Tischler-Znnung zur Be-
günstigung unterbreitet worden sind, zu sprechen. Referent

heißte mit, daß die seitens der Meister zur Befreiung der Minimal-Lohn-tarife eingesetzten Branchen-Kommissionen fast alle in den Tarif-enthaltenen Positionen als für zu hoch normiert erachtet haben und eine Reduktion der Preise bis zu 15 pCt. für angezeigt halten. Die von den Tischlergesellen erwählten Branchen-Kommissionen werden in nächster Woche in Verbindung mit den Meister-Kommissionen die Beratungen über die Minimallohn-tarife beginnen. Angesichts der wenig entgegenkommenden Haltung der Innungsmeister sei vorauszusetzen, daß der euent. Durchführung der Minimallohn-tarife erste Schwierigkeiten in den Weg treten würden und sei es deshalb und dinst erforderlich, die geschaffene Organisation in jeder Weise zu befestigen und zu kräftigen und darauf hinzuwirken, daß sich endlich alle Tischler-gesellen Berlins der Lohnbewegung anschließen. Diese Mittheilungen riefen große Sensation und eine sehr lebhaft Diskussions hervor, welche durch die Besprechung interner Verhältnisse mehrerer Betriebe der Tischlerwerkstätten noch anhefteter wurde. In einer gefassten Resolution erklärten die Versammelten, für die Durchführung der Minimaltarife mit allen gesetzlichen Mitteln wirken zu wollen und den Gesellen-Tarif-Kommissionen die Aufrechterhaltung der stipulierten Positionen zu empfehlen. — Im Anschluß hieran wurde Herr Backstahl an Stelle des Herrn Gerlach als Kommissionsmitglied für S.W., und als Kassirer für S.W. Herr Gallina gewählt. Auch wurde dem Kommissionsbeschlusse, die Zahl der bisherigen Vertrauens-männer auf das Doppelte zu erhöhen, durch entsprechende Wahlen Rechnung getragen.

In der Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Drechsler und verw. Berufsgenossen (S. 48) am Montag, den 9. d. Mts., in der „Urania“, Brangelstr. 10, wurde als Bevollmächtigter Herr Schmädicke, als Schriftführer Herr J. Schiefe und als Beisitzer Herr M. Kaiser gewählt. Bei der Delegirtenwahl zu der am 1. März zu Naumburg a/S. stattfindenden General-Versammlung sind der Stimmzahl nach folgende 20 Herren gewählt worden: M. Kaiser, Kojahn, Thun, Hildebrandt, Müller, Schmädicke, Fischer, Hartmann, A. Kaiser, Kühn, Schröder, Weiskopf, Schiefe, Röndt, Ehrlich, Kochlöf, Teutsch, Koch, Hoffmann und Stein; als Ersatz-Delegirte die Herren Schneider, Kaufhold und Doff. Es werden die sämtlichen Delegirten und Stellvertreter zu einer am Freitag, den 20. Febr., Abends 8 Uhr, im Lokale Königsgraben 19, beauftragt einer wichtigen Besprechung stattfindenden Versammlung eingeladen.

Der Unterstützungsverein der Schuhmacher Deutschlands, welcher sich Anfangs d. M. hieselbst konstituiert hat, hielt am Montag Abend bei Ackermann, Linienstr. 44, seine erste Wanderversammlung ab. In Folge des Nichterscheins des Herrn Venz von der Tischler-Lohnkommission mußte der von diesem zugesagte Vortrag ausfallen und hielt an Stelle dessen Herr Sperber ein kurzes Referat über Handwerker- und Arbeiterorganisationen, die Nothwendigkeit einer geschlossenen Organisation hervorhebend und den Anschluß an den Unterstützungsverein befürwortend. In der Diskussion wurde die traurige Lage der Schuhmacher erörtert und fanden nach derselben einige Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung. — Zur Vertreibung gelangte ein Aufruf der Lohnkommission an die Schuhmacher.

Trotzdem im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise nur ein Bezirksverein und zwar für die Kommunal-Wahlbezirke 29, 30 und 31 existirt, konnte derselbe: bisher nicht den Hinzutritt erlangen, welchen sich andere Bezirksvereine erfreuen. Seit Beginn dieses Jahres, seitdem auch ein neuer Vorstand die Geschäfte des Vereins leitet, scheint es aber, als wenn die Bewohner des 5. Wahlkreises mehr und mehr Interesse für den Verein bekommen, denn die Versammlungen sind jetzt besser wie zuvor besucht und vermehrt sich die Mitgliederzahl in jeder Versammlung. Der Vorstand sieht daher seine Bemühungen belohnt und wird auch ferner die Vereinsabende durch be-

lehrende Vorträge interessant zu machen suchen. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Einschreibegeld wird nicht erhoben. Die nächste Versammlung findet heute Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Restaurant Golle, Linienstr. 30, statt, zu welcher der Stadtverordnete Fritz Gode einen Vortrag über kommunale Angelegenheiten zugesagt hat. Wir machen speziell auf diese Versammlung aufmerksam und bitten die Interessenten diese Versammlung zahlreich zu besuchen.

Große öffentliche General-Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Berlins, als: Gärtler, Drücker, Schmittarbeiter, Formner, Presser u. s. w. Mittwoch, den 18. Februar 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission. J. A.: E. Möring.

Der Arbeiter-Bezirksverein „Lausitzer Platz“ hält am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Urania“, Brangelstr. 9 und 10, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassenbericht, 2. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Paul Singer, 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. — Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf., ein Einschreibegeld wird nicht erhoben. — Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Der Luisenstädtische Bezirksverein „Vorwärts“ hält heute Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr, in Kontra's Saal, Wasserthorstr. 68, eine Vereins-Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Badet einen Vortrag halten wird. Hierauf findet eine Besprechung des Arbeiterschutzgesetzes statt. Die Bürger der Luisenstadt und der angrenzenden Stadtbezirke werden, soweit für dieselben kein Arbeiter-Bezirksverein existirt, ersucht, sich diesem Verein anzuschließen. Derselbe bezweckt, durch gegenseitige Belehrung, Vorträge und Besprechungen über öffentliche, besonders kommunale und wirtschaftliche Angelegenheiten das Interesse am öffentlichen Leben zu fördern, sowie durch geeignete wissenschaftliche Vorträge nach Möglichkeit zur Ausbildung seiner Mitglieder beizutragen. Besonders da der niedrige Beitrag, welcher monatlich nur 20 Pf. beträgt, Jedermann den Beitritt ermöglicht.

Eine große öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Berlins als Gärtler, Drücker, Schmittarbeiter, Formner, Presser u. s. w. findet Mittwoch, den 18. Febr. 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75, statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters in dieser Versammlung zu erscheinen (siehe Inserat).

Auf Ersuchen des Vereins für die Reform der Schule und Erziehung wird Freitag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in Sommers Salon, Potsdamer Straße 9, Frau E. L. Reymann aus New-York über die Frauenbewegung in Amerika referiren. Zutritt steht Damen und Herren frei.

Verein Berliner Mechaniker, im Restaurant Ad. Went, Alte Jakobstr. 123, Abds. 8 1/2 Uhr. Vortrag unseres Mitgliedes E. Burger über Schiffskompass. Das 7. Stiftungsfest des Vereins findet am Sonnabend, den 21. Februar statt; Billets sind nur bis Donnerstag Abend in der Sitzung zu haben. Gäste willkommen.

Eine große außerordentliche Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins der Drancienburger Vorstadt und des Wedding findet am Mittwoch, den 18. d. Mts., Abends 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178, statt, in welcher Herr Tischlermeister Mitau über „Das Arbeiterschutzgesetz“ referiren wird. Da das Thema ein für jeden Arbeiter höchwichtiges ist, werden Mitglieder sowohl wie Nichtmitglieder gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Das gemütliche Beisammensein der Mitglieder des Arbeiter-Bezirksvereins der Rosenthaler Vorstadt, welches am Sonntag, den 15. Februar, stattfinden sollte, wurde in letzter

Stunde am Sonnabend Abend noch auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 verboten.

Die hiesige Mitgliedschaft der Nationalen Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Gold- und Silber-Arbeiter und verwandter Berufsgenossen, Juweller, Graveure, Eiseleure, Quiltschneure, Emailleure, Blattgoldschläger, Glaser-Arbeiter, Fein-Mechaniker, Klein-Uhrenmacher, Rüstgießer, Gärtler, Formner, Drücker, Silberbeschleifer, Presser u. s. w. hält ihre unter § 40 des Statuts vorgesehene Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 19. Febr., Abends 8 Uhr, in den Sälen der Grätzel'schen Bierhallen ab mit der Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht; 2. Wahl der Beamten; 3. Verschiedenes. Das neue Statut legitimirt. Minderjährige haben keinen Zutritt. (Siehe Inserat.)

In zwei hiesigen Tischlerwerkstätten für besten Kastenmöbel, und zwar in der Werkstätte des Herrn Malzahn, Androssstraße 56, und in der Werkstätte des Herrn Grottel, Eisenbahnstraße 12, von denen der erste 13, der zweite 8 Gesellen beschäftigt, hat am Montag resp. Dienstag eine Arbeitseinstellung in Folge indirekter Lohnreduktion stattgefunden. Diefelbe wurde bedingt durch eine Herabsetzung der resp. Lohnungen und der daraus entstehenden Mehrarbeit, ohne daß auch zugleich eine Lohnserhöhung erfolgte. Den Bemühungen des Herrn Ködel ist es noch nicht gelungen, die entstandenen Differenzen auszugleichen.

Stenographisches. Der Luisenstädtische Stenographen-Verein beginnt am Mittwoch, den 18. d. M., im Restaurant Köpcke, Prinzenstr. 79, Abends 8 1/2 Uhr, einen neuen unentgeltlichen Unterrichts-Kursus in der Koller'schen Stenographie für Herren und Damen. Bei der leichtesten Erlernbarkeit dieses Systems nimmt der Unterricht nur 4 Stunden in Anspruch und sind für die vollständigen Lehrmittel 3 M. zu erheben, weitere Unkosten entstehen nicht. Anmeldungen ertheilt im Restaurant. Verspätete, jedoch bis zum 25. d. M. eingehende Anmeldungen finden möglichste Berücksichtigung.

Leipzig, den 15. Februar. Gestern hielt der Fortbildungsverein für Arbeiter sein Jahres-Stiftungsfest ab. Diefelbe verlief sehr glänzend und hielt Herr Reichstagsabgeordneter A. Heine unter großem Beifall der zahlreichen Theilnehmer die Festrede.

Magdeburg, den 17. Februar. Gestern Abend fand hier selbst im Saal der „Flora“ eine Volksversammlung statt, an der unser Herr Reichstagsabgeordneter A. Heine einen Vortrag über „Kolonialpolitik und Dampfersubvention“ hielt. Die Versammlung war von etwa 4000 Personen besucht. Diefelbe nahm einstimmig eine eingebrachte Resolution an, daß sie sich mit dem Verhalten des Herrn Redners und dessen Partei im Reichstag einverstanden erklären. Leider gab bei der darauffolgenden Diskussion die ungewählte Ausdrucksweise eines Redners Veranlassung, daß die Versammlung um 11 Uhr auf Grund des § 9 des bekannten Gesetzes aufgelöst wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Fachverein der Nähmaschinenarbeiter. Über die am 14. Februar abgehaltene Versammlung befindet sich bereits ein Bericht in der No. 40 unseres Blattes vom 17. d. M. Haben Sie denselben vielleicht übersehen? Wir können nicht zweimal über eine Versammlung berichten.

Richard P. I. Klein, der wohlhabende Bruder hat in diesem Falle durchaus keine rechtliche Verpflichtung, zu halten das nicht für nöthig, da wir uns gleich bei Veröffentlichung des Textes bemühen, unseren Lesern unverständliche Fremdwörter auszumergen. Wir wissen sehr wohl, daß man in einer anderen hiesigen Zeitung bestrebt ist, möglichst Fremdwörter anzuwenden, vielleicht nur aus dem Grunde, um dieselben nachher erklären resp. übersetzen zu können.

Theater.

- Königliches Opernhaus.**
Heute: Der Trompeter von Säckingen.
- Königliches Schauspielhaus.**
Heute: Hans Lange.
- Deutsches Theater.**
Heute: Kisko.
- Bellealliance-Theater.**
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.
- Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernst.
Heute: Der Walzer-König.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehestands-Invaliden. Hierauf: Die Schulkreuzerin.
- Balhalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Luisenstädtisches Theater:**
Heute: Der Goldbauer.
- Ostend-Theater:**
Heute: Die zwei Waisen.
- Ballner-Theater.**
Heute: Die Sorglosen.
- Victoria-Theater.**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Selbst ist der Mann, oder: Die Schlosser von Berlin.

Arbeitsmarkt.

Ein Lehrling zur Metalldruckerei verlangt
332 C. Unholz, Raunynstr. 50.

Allen Bekannten, sowie einer geehrten Nachbarschaft, empfehle mein

Korbwaaren-Geschäft.
Reparaturen schnell und billig.
229 G. Kissner, Waldemarstraße 14.

Großer Mittagstisch
à Portion 25 Pf.
nur Hausmannskost. Günstig, S. part. I.

Zur gest. Kenntnissnahme!
A. de Nève's Special-Liste für kaufmännische Vacanzen erscheint wöchentlich 3 Mal Barnimstr. 42 I.

Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 v. 2. Etage,
330 Ecke Adalbertstr.

Verantwortlicher Redakteur H. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Deuthstraße 2.

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake. Seit Nordhäuser Raubtabak.

Größtes Lager sämtlicher Bedarfsartikel für Herren-Kleidermacher. En gros. Versand-Geschäft. En détail.

Nach beendeter Inventur verlaufe auch im Einzelnen zu Engros-Preisen und gebe bei größeren Einkäufen Vereinbarung extra Rabatt.

- Specialitäten:**
- Stahlen-Cloth, echt schwarz, Meter 1.50, 1.80, 2.00, 2.25, 2.50—2.75.
 - Acemfutter, elegante Muster, Meter 0.30, 0.40, 0.45, 0.50, 0.60, 0.70, 0.75—1.00.
 - Röber, Shirting, Zwischenfutter, Taschen-Rohul, Meter 25, 30, 35, 40, 50—60 Pf.
 - Wattirungs- und Hosenleinen, Meter 40, 45, 50, 60, 70—75 Pf.
 - Vorten elegant, Mohair, Cachemir und Seide, Meter von 6—30 Pf.;
 - Vorten bei Abnahme von Stücken extra 10 pCt. Rabatt.
 - Schnallen, Haken u.ösen, Fasting- und Steinrückknöpfe jeder Art, sowie Rieth- und Metall-Buttons.
 - Induse, Chappe, Seide, Garne, Zwirne u. Baumwolle u. c. u. Original-Fabrik-Preisen.
 - Die angekauften Reste von Futterstoffen, Cloths, Reinen, Sommerdress, baumw. Hosen- u. Anzugstoffen u. werden bedeutend unter dem Kostenpreise ausverkauft.
 - Neuheiten in weißen und bunten Westenstoffen zu sehr billigen Preisen empfiehlt

Siegmond Berger, Berlin S., 65 Alte Jakobstraße 65.

Nationale Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Gold- und Silber-Arbeiter u. verw. Berufsgen.

Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79,

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl der Beamten. 3. Verschiedenes.
331 Der Vorstand.

Eine große öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Berlins

findet am Donnerstag, den 19. Februar, in der Urania, Brangelstraße 9 und 10, Abends 8 Uhr, statt.
Tagesordnung:
Der Stille der Arbeiter der D. Joseph'schen Fabrik. Referent Kollege Fritz Gode. Um zahlreichem Besuch bittet Der Einberufer.

Große öffentliche General-Versammlung

sämtlicher Metallarbeiter Berlins als Gärtler, Drücker, Schmittarbeiter, Formner, Presser u. s. w.

Mittwoch, den 18. Februar 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstraße 75. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission. J. A.: E. Möring.

Arb.-Bz.-V. Lausitzer Platz

Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Urania“, Brangelstraße 9 und 10, Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Paul Singer. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.
NB. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf.; ein Einschreibegeld wird nicht erhoben.